

Krafer Zeitung.

Nr. 41.

Montag, den 21. Februar

1850.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafer 4 fl. 20 Nkr., mit Verlegung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechn. — Inserationsgebühr für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3 1/2 Nkr.; Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Nkr. — Inserate, die nicht in der Krafer Zeitung, sondern in anderen Zeitungen inserirt werden, franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 11. Februar d. J. den Präsidenten des Siebenbürgischen Oberlandesgerichtes, Franz Freiherrn von Luttermann, die geheime Rathswürde mit Rücksicht der Eren allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. Februar d. J. dem Ober-Stabs-Arzt erster Klasse, Dr. Johann Martini, in Anerkennung seiner fünfjährigen vorzüglichen Leistungen im Militär-Sanitätsdienste, Allerhöchsten Ordens der eisernen Krone dritter Klasse allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. Februar dem Hauptstabs-Direktor der Niederösterreichischen Landeshaupthaus, Anton Kraus, in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistung tarfei den Titel eines kaiserlichen Rathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. Jänner d. J. dem Vertheilungs-Chef der südöstlichen Eisenbahnlinie, Ober-Ingenieur Franz Marek, in Anerkennung der bei Truppenbeförderungen geleisteten erspriesslichen Dienste, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 21. Februar.

Wie eine telegraphische Depesche aus London vom 19. d. meldet haben die Kronjuristen erklärt, Gouss's Doppelwahl verleihe die Convention vom 19. August in Betreff der Donaufürstenthümer.

Herr René dagegen spricht sich im „Constit.“ zu Gunsten der Doppelwahl Gouss's sehr energisch aus. Er will ihre Bestätigung durch die Pforte, da man der öffentlichen Meinung in den Fürstenthümern Rechnung tragen müsse — in Frankreich selbst aber wird ihrem Munde ein Schloß angelegt — also, „da man“ sagt der „Constitutionnel“, „der öffentlichen Meinung in den Fürstenthümern Rechnung tragen müsse, indem widrigenfalls unvermeidliche Unruhen erfolgen würden.“ Uebrigens meint Herr René, daß die Doppelwahl weder gegen den Buchstaben noch den Geist des Vertrages vom 19. August spreche, und er findet, daß eine Genehmigung dieser Wahl seitens der Pforte in Nichts ihre Rechte gefährdet.

Die „Std. Post“ spricht sich in einem Artikel über die bevorstehenden Conferenzen ebenfalls entschieden über die Ungiltigkeit der in Bukarest vorgenommenen Doppelwahl aus. Das Juristische der Frage, sagt dieselbe, ist unserer Uebersetzung nach ungewiss. Aber das durch internationale Verträge geschaffene Recht hat eben vorzugsweise die Bestimmung, die Grundlage der politischen Verhältnisse zu sein. Daher ist es der politische Character einer Frage, nach welchem die Pflicht bemessen werden muß, das Recht entweder fest aufrecht zu erhalten, oder es im Wege des Ver-

trages zu modifiziren. Dabei springt gewiß zuerst die Pflicht in die Augen, zu berücksichtigen, daß politische Gestaltungen doch nicht auf Monate oder auf wenige Jahre geschaffen werden, daß es also im höchsten Grade ebenso pflichtwidrig als unnützig ist, mit öffentlichen Verträgen nach Laune und Zufall von heute auf morgen umzuspringen. Diese Rücksicht ist um so erster zu nehmen, wenn eine Zeit heringebrochen ist, wo an vielen Punkten zu gleicher Zeit an den Verträgen gerüttelt wird, zu denen die Staatenordnung des Welttheils beruht, wenn es sich speciell um Verträge handelt, die eben erst vor ganz Kurzem zur Wahrung eines großen europäischen Princips geschlossen wurden. Die Pforte kann und darf nicht auf ihr Recht verzichten, denn sie gäbe dadurch das Signal zur Auflösung ihres Reiches. Wir möchten sagen, die Pforte muß lieber im Kampfe für ihr Recht untergehen, als sich durch Verzichtleistung selber den Tod geben. Die Mächte, welche die Integrität der Türkei für eine unerläßliche Bedingung der europäischen Ordnung erklärt haben, dürfen folglich die Pforte nicht zur Nachgiebigkeit zwingen, sondern im Gegentheil sie müssten sie nöthigenfalls davon abhalten. Dies ist die Pflicht aller Mächte, denn der Bestand ihrer eigenen Reiche beruht auf demselben vertragmäßigen Rechtsverbande, in welchen die Türkei eben erst in feierlicher Weise aufgenommen worden ist. Die „Std. Post“ weist schließlich nach, welche gefährlichen Präcedenzfall für das eigene Reich die französische Regierung dadurch schaffe, daß sie für die eigenmächtigen und vertragswidrigen Vorgänge in den Fürstenthümern mit so viel Eifer in die Schranken tritt. „Die Schlagworte, mit denen man für die Rumänen kämpft, werden von den Gegnern des Kaiserthums in ihrem eigenen Sinne aufgefaßt, und wenn auch im Stillen, auf Frankreich angewendet.“ „Sie hoffen, daß die Leidenschaftlichkeit, in welche die französische Regierung bezüglich der Fürstenthümer-Angelegenheit hineingerathen ist, der zur Erledigung dieser Prinzipalsache nöthigen ruhigen Objektivität weichen werde, in deren Geiste wohl die meisten Conferenz-Regierungen ihr Votum abgeben werden.“

Das „Journal de Constantinople“ vom 9. d. M. bestätigt die Protestation der Pforte gegen die Doppelwahl Gouss's und die von ihr an die Mächte erlassene Aufforderung zur Wiedereinberufung der Pariser Conferenz.

In den deutschen Ständeversammlungen mehren sich die Kundgebungen zu Gunsten eines energischen und einmüthigen Auftretens gegenüber den von Frankreich her drohenden Eventualitäten. Der württembergische ständische Ausschuss hat beschlossen, eine Eingabe mehrerer Abgeordneten, dahin lautend, daß die Bundesfestungen und die Schwarzwalddämme in Verteidigungszustand zu setzen seien und ein Pferde-Ausfuhrverbot erlassen werden solle, der Regierung vorzulegen. Die erste hannoversche Kammer verhandelte in ihrer Sitzung am 17. d. über den Antrag v. Alten's, die Regierung um förderfamste Beantragung eines Pferde-Ausfuhrverbotes beim Bunde zu ersuchen. Unter Zustimmung der Minister wurde ein Verbesserungsantrag eingebracht, dahin gehend: „im Vertrauen, daß die Regie-

rung fortwährend die gemeinsamen Deutschen Interessen energisch wahrnehmen werde, es ihr zur ersten Erwägung zu verstellen, ob ein allgemeines Pferde-Ausfuhrverbot zu beantragen sei.“ — und dieser Antrag mit allen Stimmen gegen eine angenommen.

Zu den zwei politischen Weisen im französischen Abendlande, welche die Welt mit einer neuen Theilung und Ordnung beglücken wollen, zu welcher sie durch Ströme von Blut gelangen müßte, ist nun auch der dritte hinzugekommen, der zwar nicht eine Brochure posant, aber in dem sonst so taktvoll praktischen „Journal des Debats“ die friedensbrüchige Angriffspolitik seiner Vorläufer noch überbietet. Es ist Herr Saint-Marc Girardin, welcher einen neuen Punkt entdeckt hat, von welchem aus er die Welt, und zunächst Oesterreich aus den Angeln zu heben gedenkt. Lagueroniere beschränkte sich mildherzig darauf, Oesterreich bloß aus Italien zu verdrängen, und war dabei fast ängstlich bemüht, die Welt zu versichern, daß ihr sonst nichts Schlimmes widerfahren sollte. Saint-Marc Girardin fand diese Politik philisterhaft; er will die Realisirung des altnapoleonischen Gedankens der Theilung der Weltherrschaft zwischen Frankreich und Rußland. Diese Aggression erscheint Saint-Marc Girardin bedenklich und gefährlich; wahrscheinlich imponirt ihm die Waffenkraft und Haltung Deutschlands. Er schlägt daher vor, den Angriff und die europäische Revolution an die untere Donau zu verlegen. Natürlich ist da wieder Oesterreich der nächste Gegenstand des Angriffs, dieses unbehagliche Oesterreich, welches für eine excedente, ausschweifende französische Politik immer und überall der Stein des Anstoßes war, ist und sein wird. Der gelehrte Herr Saint-Marc Girardin ist der unmaßgeblichen Meinung, daß Oesterreich zunächst und zumeist an der untern Donau diplomatisch oder auch militärisch bekämpft und aus dem Felde geschlagen werden müsse! So gut meint man es in Paris mit dem Allirten Frankreich im orientalischen Krieg, mit dem Allirten, dessen Action gerade an der untern Donau wesentlich dazu beigetragen, daß die Franzosen sich in der Krimm unsterblichen Kriegsrühm holen konnten. Aber dieses selbe Werk, für welches damals so viel tausend Franzosen gebuldet, will Saint-Marc Girardin ohne Weiteres zerstören. Er wünscht, daß man zunächst die Völker an der untern Donau „ruhig gewähren lassen“ der Auflösung der Türkei müßig zusehen möchte. Wollte Oesterreich versuchen, dagegen aufzutreten, dann müßte es eben „diplomatisch oder militärisch geschlagen werden.“ Dabei ist Herr Saint-Marc Girardin diplomatisch genug, es vorläufig nicht auszusprechen, wo für ihn die untere Donau beginnt.

Der Wiener Corr. der „Hamb. Bh.“ berichtet die auch von uns erwähnte Mittheilung der „Indep. belge.“ der zufolge das österreichische Cabinet die englische Regierung davon in Kenntniß gesetzt habe, daß es die Nothwendigkeit solcher Reformen im Kirchenstaate, welche die Befehung durch fremde Truppen überflüssig machen würden, anerkenne und daß die englische Regierung sich bereit habe, diese Mittheilung zur Kenntniß des Tuilerien-Cabinetes zu bringen, dahin: daß Oester-

reich sich in ganz gleichlautenden Eröffnungen an die Cabinete von London, Paris und Berlin neuerdings bereit erklärt habe, bei der päpstlichen Regierung ihren Einfluß für Modificationen in der Verwaltung wiederholt, wie es bereits früher geschehen, geltend zu machen und die vollständige Räumung der Legationen zu bewerkstelligen, sobald die Verhältnisse im Kirchenstaat die Anwesenheit fremder Truppen überhaupt entbehrlich machen. Diese Erklärung hatte zwar in Berlin und London, keineswegs aber in Paris befriedigt.

Nach dem „Nord“ meldet eine in Paris eingetroffene Depesche des französischen Gesandten in der Schweiz, Marquis Turgot, als bestimmt die Anwesenheit Mazzini's im Canton Tessin.

Die „Berling'sche Tidende“ dementirt officiös die (von uns bezweifelte) Existenz einer von den deutschen Zeitungen erwähnten russischen Note, betreffend die dänische Politik im Herzogthum Schleswig.

Nach Berichten aus Madrid vom 13. d. haben die Riffpiraten die spanischen Gefangenen herausgegeben, ohne Zugeständnisse erhalten zu haben.

Der ostindische Aufstand löst der britischen Regierung keine Besorgnisse mehr ein. Schon bevor die neuesten, überaus befriedigenden Berichte aus Ostindien in London eingetroffen waren, hatte die Regierung von dem günstigen Stande der Dinge daselbst eine so günstige Ansicht, daß sie beschloß, keine Truppen weiter nach Aegypten zu senden, sondern alle Verstärkungen den alten Weg ums Cap gehen zu lassen. Demzufolge ist der unter General-Major Malcolm stehende ägyptische Stab, der den Truppentransport zu regeln hatte, aufgelöst und heimberufen worden.

Wien, 19. Februar. Die „Times“ hat in diesen Tagen der österreichischen Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie ein hartnäckiges Schweigen beobachte. Es stehe in dem von allen Seiten tobenden Wortkriege ohne irgend einen Rechtfertigungsversuch da und erwarte mit anscheinender Gleichgültigkeit, ob es von den Worten zu Thaten kommen werde. Oesterreich möge, in seinem und in jener Mächte Interesse, welche sich für das gute Recht Oesterreichs erklärt haben, seine Sache plaidiren und damit den Gerichtshof der öffentlichen Meinung anerkennen, dem keine Macht auf Erden sich entgegen könnte und vor dem ja auch Frankreich und Piemont sich bequemt hätten, ihre beste Rhetorik zu erschöpfen und ihre schwachen Ansprüche und inconsequente Behauptungen so plausibel als möglich herauszuputzen. Nun, wir denken, die „Times“, deren guten Willen wir gerne anerkennen, kann ohne Sorgen sein. Hat ja doch auch die kgl. preussische Regierung geschwiegen bis vor wenigen Tagen, als sie in dem bekannten Artikel der „Preuß. Ztg.“ ein politisches Programm aussstellte, mit dem die „Times“ hoffentlich so zufrieden sein wird, als wir es sind. Und doch hat es damals Vertheidiger der Schweigefamkeit Preußens gegeben, ganz verlässige Männer, welche auch nach ihrer Stellung in der Lage waren, einiges über die Intentionen des Berliner Cabinetes zu wissen. Diese gaben nicht unbedeutlich zu verstehen, die Zurückhaltung Preußens sei kluge Politik, allzu offenes Auf-

Feuilleton.

Proceß gegen Rozsa Sandor.

(Fortsetzung.)

Mittwoch wurde mit dem Zeugenverhör begonnen, und zwar zuerst in Bezug auf den ersten der Fälle, den die Anklageakte enthält. Die Zeugen: ein Viehes, Häscher, ein Eigenthümer des geraubten entlassen, um einzeln wieder vorgezogen zu werden. Zuerst kam Heza Szvan, jetzt Gärtner im Dienst des Grafen Ludwig Karolyi, zur Zeit der That aber (1. Okt. 1842) Hirt in Holdmezö-Basarhely. Er hütete damals das Vieh mit dem esöz (Feldhüter) Andreas zur Zeit des Sonnenuntergangs zwei berittene Betyparen hinkamen, von welchen einer dem Szako mit einer Pistole drohte und ihm zu schweigen gebot. Dann kam noch ein Dritter und zuletzt ein Viertes, der das Vieh wegtrieb. In einem derselben hat er Samuel Török erkannt; er war übrigens zu sehr erschrocken, um die anderen genau anzusehen. Die Vermuthung, daß Rozsa Sandor darunter gewesen sei, hat er erst, indem er die Anzeige machte, gehört.

Andreas Szako, der, nach seiner Familie befragt,

angibt, er habe drei Kinder und einen Soldaten (will heißen vier Söhne, unter welchen ein Soldat ist), erzählt den Vorfall mit unwesentlichen Abweichungen, und hat gleich den ersten Zeugen erst bei der Anzeige gehört, daß Rozsa Sandor unter den Räubern gewesen sein müsse.

Paul Füsti Molnar, ehemals Hirt, jetzt Fuhrmann, wurde damals der Theilnahme an dem erwähnten Viehraube beschuldigt, und zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt, behauptet aber unschuldig gewesen zu sein, und den ihm vorgestellten Rozsa nicht zu kennen.

Josif Rakovaci, Bauer zu H. M. Vasarhely, einer der Eigenthümer des geraubten Viehes, sagt, der damals in seinem Dienst stehende Heza habe gesagt, unter den Räubern sei auch Rozsa Sandor gewesen.

Nach Verlesung der Aussagen zweier abwesenden Zeugen (Witwen zweier anderen Eigenthümer des geraubten Viehes), die jedoch nichts Wesentliches enthalten, wird der Zeuge Johann Babarcy, Stadtleutnant zu Szegedin, vorgelesen. Dieser beand sich unter jenen Persecutoren (Häschern), welche in Folge des erwähnten Raubes und nach einer dem Capitän Kotolar gemachten Anzeige sich zu der Tanya eines gewissen Peter Vesetka begaben, in welcher Rozsa Sandor und Samuel Török sein sollten. Die beiden genannten Betyparen waren im Stalle und schossen auf die draußen stehenden Persecutoren. Hierauf sprengte zuerst Samuel Török aus dem Stalle und wurde, nachdem die

Persecutoren ihm das Pferd unter dem Leib erschossen hatten, überwältigt. Während dessen entkam der andere Betypar, welder der Anklage gemäß niemand Anderer als Rozsa Sandor war.

Ein anderer Persecutor, Joseph Dlovics, sagt aus, der Capitän Kotolar habe seine Leute zu einer Streifung zusammenberufen, und ihnen erst außerhalb der Stadt gesagt, es gelte Samuel Török und Rozsa Sandor zu fangen. Nachdem Török gefangen und gebunden war, wurde er unter Begleitung des zuletzt genannten Zeugen nach Szegedin gebracht. Auf dem Weg klagte Török über Durst und verlangte zu trinken; Zeuge sagte ihm, er werde ihm erst dann zu trinken geben, wenn er ihm gesagt, wer der entsprungene Betypar gewesen sei. Török nannte hierauf Rozsa Sandor; Zeuge weiß sich aber nicht zu erinnern, ob er an Török die Frage mit oder ohne Nennung von Rozsa Sandor's Namen gerichtet habe.

Paul Kovasi, ebenfalls einer der damaligen Persecutoren, hat auch von Török gehört, daß der Entsprungene Rozsa Sandor gewesen sei.

Samuel Siczei, Advocat aus Miskolcz, gleichfalls als Zeuge vorgeladen, macht folgende Mittheilung: Im Winter 1850—1851 reiste er nach Szegedin; da die Strecke von Szeged nach Szegedin damals unsicher war und er nicht allein reisen wollte, suchte und fand er einen Reisegefährten. Es war ein alter Mann, der ihm auf die betreffende Frage sagte, er kenne Rozsa

Sandor, dieser sei sein Taufkind. Auf der Kis-Teleker Tanya kehrten die Reisenden ein und der alte Mann setzte sich in der Wirthsstube zu einem Manne, der eben mit dem Branchiren eines Huhns beschäftigt war. Dann kam ein ärmlich gekleideter Mann, der, wie Zeuge bemerkt zu haben glaubt, hinkte und raunte dem mit dem Huhn beschäftigten Mann etwas zu. Hierauf legte dieser Messer und Gabel rasch weg, stand auf, nahm seinen Pelz, hängte sich ein Gewehr um und eilte fort. Fünf oder sechs Minuten später kam ein Beamter, der rief: Ist Rozsa Sandor schon fort? Er ist uns wieder entwischt! Der Zeuge, der Alles mit Entsetzen wahrnahm, mißtraute nun dem alten Mann, der von Reesklemet an sein Reisegefährte gewesen, und reiste allein weiter. In Rozsa Sandor erkennt er nicht Jenen, der auf die heimliche Warnung aus der Kis-Teleker Tanya so schnell fortgeeilt ist. Eben so wenig erkennt Zeuge in drei anderen hierauf vorgegerufenen Zeugen, den Beamten oder den hinkenden Warner, die er in der Kis-Teleker Tanya gesehen.

Diese 3 Zeugen, die Sicherheitskommissäre, Emerich Bekes, Georg Sikos und Fr. Mihalfi, waren im November 1849 mit 12 Mann Militär zu der Tanya des Paul Tary entsendet, wo sie Rozsa Sandor fangen sollten, und wo einer der Soldaten tödtlich, und ein anderer gefährlich verwundet wurde.

Die erwähnte Tanya hat, wie ein vorliegender Plan erweist, drei Thüren; der Zeuge Emerich Bekes

treten würde nur die Situation verbittern und erschweren; besser, Preußen lasse nicht allzu deutlich merken, daß es unter gewissen Umständen der französischen Politik feindlich gegenüberstehen müßte. Im entgegengesetzten Falle würde Frankreichs Ehre mit in das Spiel gezogen, man müsse das vermeiden, dem Feinde goldene Brücken bauen, ihm den Rückzug möglich machen. Wie, wenn Oesterreich aus ähnlichem Grunde schweige? Wir haben ja doch aus dem Artikel der „Def. Corr.“ über die französische Thronrede entnehmen können, daß man hier mit einer Art von Absichtlichkeit den officiellen Aeußerungen in Paris die möglichst friedliche Deutung gebe. Man macht aus dem Glauben an die französische Friedfertigkeit hier fast eine Demonstration, damit man in Paris um so leichter in die Lage komme, diesen Glauben durch die That zu rechtfertigen. Oesterreich, das seine Sache plaidirt, könnte schwerlich Worte finden, die Frankreich nicht verletzen müßten. Eine Vertheidigung Oesterreichs kann nicht wohl anders als eine Anklage Frankreichs sein, und daß es so ist, das ist nicht die Schuld Oesterreichs. Vielleicht ist es auch von Seite unserer Regierung nur ein Act einfacher Klugheit, so zu handeln, daß man Frankreich jeden Vorwand nimmt, eine noch mehr vorgeschrittene Stellung einzunehmen. Und was die öffentliche Meinung betrifft, so möchten wir kaum bezweifeln, daß diese höchste Großmacht ohne Rücksicht auf unser Schweigen auf unserer Seite steht. Hat denn aber Oesterreich wirklich so beharrlich geschwiegen? Wir hören und lesen ja doch von Unterhandlungen über die Occupation in Mittelitalien, die Preußen und England vermitteln. Was vermitteln sie denn? Wie es scheint, österreichische Vorschläge an den Pariser Hof, es müssen also solche doch wohl von hier ausgegangen sein; es scheint nicht zuzutreffen, daß Oesterreich schweigend das Haupt verhülle und die Dinge an sich herankommen lasse. Wahr ist es, Frankreich und Piemont haben ihre Sache vor dem Richterstuhl der öffentlichen Meinung plaidirt. Es sind von dieser Seite aus Programme aufgestellt, Broschüren geschrieben und in officiösen Blättern commentirt worden, man hat diplomatische Noten entsendet u. dgl. Was war der Erfolg? Die „Times“ sagt, die Welt sei nicht überzeugt worden von der Rechtmäßigkeit der Politik an der Seine. Nun, dann bedarf ja Oesterreich keines Anwalts für seine gegenüberstehende Haltung. Alle Welt hat sich wider die neufranzösischen Theorien über das Völkerrecht ausgesprochen. Die Antwort war deutlich, allgemein, wie aus einem Munde. Man brach den Stab über die Doctrinen der Herren La Guernoniere, Girardin usw. Und Frankreich? Es wußte nichts zu erwidern. Uns scheint: nicht Oesterreich schweigt gegenwärtig, Frankreich schweigt. Es schweigt und — rüftet.

Wien, 19. Februar. Es wäre wirklich zu wünschen, daß die Sprache der Verträge wieder die lateinische würde, wegen ihrer Präcision. Diese Bractate in französischer Sprache leiden, wegen der Eigentümlichkeit dieser, fast alle an Duplicität, sobald der buchstäbliche Inhalt in Betracht gezogen wird. Jedem wird das jusque à la mer der Wiener Congreßacte, und die verschiedene Auslegung desselben durch die Deutschen und die Holländer im Gedächtnisse sein. Noch frischer im Andenken sind die Artikel des Pariser Friedens vom 30. März 1856, die sich auf die Donauschiffahrt beziehen. Und jetzt benutzt der „Constitutionnel“ vom 17. die Duplicität der französischen Sprache, um zu behaupten, daß der dritte Artikel der Convention vom 19. August 1858, lautend: „Les pouvoirs publics seront confés dans chaque principauté à un Hospodar et à une assemblée etc. élective“, ganz und gar nicht verbiete, daß in jedem der beiden Fürstenthümer ein und derselbe Mann Hospodar sei, und daß der Artikel ganz und gar keine Vorkehrung für diesen Fall treffe. Freilich heißt wörtlich: „à un Hospodar“ nicht nothwendig: „einem besonderen Hospodar“, sondern auch unbestimmt „einem Hospodar“, aber es ist verwerflich, sich dieser Duplicität zu prävaliren, da es ganz zweifellos feststeht, daß die Pforte, welche rechtlich bei Abschließung der Convention das erste Wort und überdies das Veto hatte, von der Trennung der Fürstenthümer ausgegangen ist, und folglich in dem dritten Artikel nur unter der Bedingung gewilligt hat, daß jedes Fürstenthum seinen besonderen Hospodar habe, was die Bekleidung der Hospodaratwürde in beiden Fürstenthümern durch

eine und die nämliche Person nothwendig ausschließt. Rechtlich zulässig ist eine Auslegung des dritten Artikels in dem Sinne, daß die nämliche Person Hospodar in beiden Fürstenthümern sein könne, durchaus nicht, denn die Pforte hatte wie gesagt, das erste wie das verneinende Wort, und wenn unionsfreundliche Mächte etwa diese Auslegung geltend machen wollen, so ist vielmehr die Auslegung des à un Hospodar gegen sie zu machen, nach der Rechtsregel: Interpretatio contra eum facienda est, qui clarius loqui potuisset atque debuisset. Wollten die unionsfreundlichen Mächte, daß zum Hospodar in beiden Ländern auch eine und die nämliche Person werden dürfe, so waren es sie, die „deutlicher hätten sprechen können und sollen.“ Die Pforte war dazu nicht verpflichtet, da sie vorweg das Princip der Getrenntheit als conditio sine qua non aufgestellt hatte.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 20. Febr. Se. k. k. Apostolische Majestät haben behufs der Mildredung jener Folgen, die aus der Beschränkung der Studien an der k. k. Universität Pavia hervorgehen, auf Vorschlag Sr. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzog-General-Gouverneurs, Ferdinand Mar, allergnädigst zu bewilligen geruhet, daß jenen Studirenden, denen die private Fortsetzung ihrer juristischen Studien auf regelmäßigem Wege erlaubt wurde, bezüglich der Militärfreiung den öffentl. Studirenden gleich gestellt werden sollen.

Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna haben der Kinderbewahranstalt in Rovigno 200 fl. gnädigst gespendet.

Se. k. Hoh. der Herr Erzherzog Franz Carl wird am Montag nach Prag abreisen, um Se. Maj. den Kaiser Ferdinand und dessen Gemalin zu besuchen. In Brünn wird Se. k. Hoheit übernachten und nach der Ankunft das dort garnisonirende, den Namen des Herrn Erzherzog führende Infanterie-Regiment besichtigen.

Se. kaiserl. Hoheit der Generalgouverneur Erzherzog Albrecht ist von Ofen angekommen. Der Herr Generalgouverneur Erzherzog Albrecht wird nur einige Tage in Wien verweilen und dürfte schon am Mittwoch wieder nach Ofen zurückkehren.

Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Maximilian d'Este haben dem katholischen Gesellenvereine in Graz zum Ankauf eines eigenen Gesellenhauses 100 fl. k. W. übersendet.

Der zum Nuntiaturs-Auditor in Wien ernannte Abbate Capri, Professor an der Akademie der adeligen Geisteswissenschaften in Rom, wird in wenigen Tagen hier eintreffen.

Der hochw. Fürstbischof von Olmütz, Landgraf Fürstenberg, ist verflohen Montag in Rom eingetroffen und im päpstlichen Sommerpalaste auf Monte Quirinali abgefahren.

Wie die „Mittheilung“ meldet, sind die von Sr. Heiligkeit dem Papste sanctionirten Beschlüsse der Graner Provinzial-Synode am 10. d. M. nach Gran herabgelangt und dürften demnächst promulgirt werden.

Der Hospitalfond, welcher von Sr. M. dem Kaiser zur Erbauung des neuen Krankenhauses die „Rudolfstiftung“ angewiesen wurde, besitzt derzeit ein Vermögen von 450,900 fl. ö. W. und 178,400 fl. C.-M. Von Seite dieses Fonds werden jährlich 32 Kinder im Waisenhause verpflegt, 80 Pfründer in den Versorgungshäusern und 40 Kranke in den Spitälern erhalten bei 100 Personen Handbetheilungen zu 200 fl., 140 fl., 100 fl. bis zu 30 fl., der erste Fondsbrief datirt vom Jahre 1561 und wurde vom Kaiser Ferdinand I. und Kaiserin Anna ausgestellt.

Die „Oesterreichische Zeitung“ schreibt: Durch mehrere nichtösterreichische Zeitungen ist die Nachricht verbreitet worden, es sei den hiesigen Journalen verboten worden, Finanzartikel zu veröffentlichen, welche sie nicht vorher dem Präsidium des Finanzministeriums vorgelegt haben. So weit uns bekannt, ist daran kein wahres Wort, und ist dies eine Entstellung des Vorganges, daß die Redacture der hiesigen Blätter zu Sr. Durchlaucht dem Statthalter beschieden wurden, wo man ihnen mittheilte, daß, um sie vor Mittheilung unrichtiger Thatsachen auf finanziellem Gebiete zu bewahren, die Finanzverwaltung es ihnen frei stelle, sich über Facta bei dem Präsidialsecretair des Finanzministeriums Auskunft zu holen. Ihr Raisonnement sollte deshalb in keiner Weise behindert werden.

Fürst Michael Obrenowitsch wird nächsten Donnerstag von Belgrad hier erwartet. Seine Gemahlin befindet sich noch in Wien.

Die beiden Fürsten Bibesco und Ghila sind heute von Bukarest hier angekommen.

Aus Anlaß des Ablebens des Fürsten Joseph von Dietrichstein-Proskau-Leslie macht das Landesgericht in Graz bekannt, daß alle Personen, welche auf das von Sr. Durchlaucht besessene, von Walter Grafen v. Leslie, k. k. General-Feldmarschall, mit Testament vom 27. Mai 1663 errichtete, und von Jacob Grafen v. Leslie mit Testament vom 22. Jänner 1690 vermehrte Familien-Fideicommiss einen Anspruch zu machen haben, das Erbrecht binnen Jahresfrist nachweisen müssen.

In Betreff der Convention zwischen England und Oesterreich über die telegraphische Verbindung zwischen Ragusa und Alexandrien meldet der Wiener Times-Correspondent: Oesterreich verpflichtet sich, zwischen Ragusa, Corfu, Zante, Candia und Alexandrien, Kabel von je 3 Leitungsdrähten zu legen. Die Kosten sind auf 500,000 Pfund Sterling veranschlagt, und England garantirt auf 25 Jahre für besagte Summe 3 Procent Interessen. Den Vorschlag, daß es der britischen Regierung gestattet sein solle, in den Telegraphenämtern von Ragusa, Wien und Bodenbach ihre eigenen Beamten zu halten, wies das kaiserliche Cabinet zurück, weil keinem Ausländer ein Posten in den Telegraphenbureaus eingeräumt werden könne, dagegen einigte man sich dahin, Ragusa als „neutralen Boden“ zu betrachten. In Ragusa wird somit England sein eigenes Bureau haben, und englische Beamte werden daselbst die von und nach Indien eintreffenden Depeschen weiter befördern. Die Kabel müssen binnen 18 Monaten gelegt sein, doch ist die österreichische Regierung entschlossen, die Verbindung zwischen Ragusa und Alexandrien im Mai des nächsten Jahres hergestellt zu sehen, und statt eines Kabels deren 2 zu legen. Die zwischen Ragusa und Corfu, und Corfu und Zante sollen noch in diesem Jahre fertig werden. Die Firma Newall und Comp. hat, wie es heißt, die Herstellung übernommen, und ist die Leitung erst fertig, wird das Unternehmen einer österreichisch-englischen Gesellschaft unter gewissen, in der Convention genau stipulirten Bedingungen beantwortet werden.

Deutschland.

In der Sitzung des Bundestages vom 17. d. präsidirte wieder Herr Graf v. Rechberg. Herr von Bismarck wohnte derselben noch bei und hat der hohen Versammlung sein Abberufungsschreiben noch nicht überreicht.

Der im preuß. Abgeordnetenhaus vorgelegte Entwurf des neuen Ehegesetzes zerfällt in zwei Theile, deren einer von der Eheschließung, der andere von der Ehescheidung handelt. Mit dem ersteren sollen namentlich die Schwierigkeiten beseitigt werden, welche dadurch entstanden sind, daß ein Theil der evangelischen Geistlichkeit die Trauung geschiedener Personen verweigert. Auch wird mit demselben das bisherige Ehehinderniß der Standesungleichheit abgeschafft. Nach den Bestimmungen des allg. Landrechts war bisher in Preußen eine Ehe zwischen einer Mannsperson von Adel und einer dem niedrigen Bürger- oder Bauernstande angehörigen Person unzulässig. Der Cultusminister bezeichnete als die Absicht der Regierung die Rechte und Interessen des Staates den verschiedenen Religionsgenossenschaften gegenüber zu wahren, doch ohne diesen Genossenschaften nahe zu treten. Die Reform des bürgerlichen Scheidungsrechtes sei bisher verfehlt worden, weil in diesem Punkte Staat und Kirche gleichsam im Gemenge lagen und die Aufdrängung des Lebensgesetzes des einen für das andere Gebiet habe nichts als Widerpruch und Conflict hervorrufen können. Um die Lösung dieses Conflicts handle es sich hier. Die katholische Kirche, getragen durch eine mehr als tausendjährige Organisationsverfolgung, verfolgte ihren Weg, und der Staat verfolgte ebenso den seinen nach dem Gesez, so daß hier kaum ein Widerspruch gefühlt werden konnte. Dennoch habe die katholische Kirche ein wesentliches Interesse durch Eingehen auf den vorliegenden Gesez-Entwurf gemachten Vorschlag sich vor möglichen Eingriffen in das Recht, das sie in Bezug auf die gemischte Ehe in Anspruch nimmt, zu schützen. — Was die evangelische Kirche betrifft, so sei das Scheidungsrecht nach und nach ganz in die Hände des Staates

übergegangen. Natürlich mußten sich Emancipationsversuche herausstellen; und endlich organisirte sich ein förmlicher Widerstand gegen die Staatsgesetzgebung. Diesem anarchischen Zustande müsse abgeholfen werden. Dem Geistlichen befohlen, sich den Staatsgesezen zu beugen, sei eben so unpassend erschienen als es dem Gewissen der Geistlichen anheimzugeben, sich mit ihrem Gewissen abzufinden. Die Regierung schlug also einen dritten Weg ein eine Unterscheidung — nicht Trennung — von Staat und Kirche, die Einführung der bürgerlichen Ehe. Die Regierung hat dabei zugleich das Bedürfnis der kleinen Religionsgesellschaften der Dissidenten im Auge gehabt, denen schon seit dem J. 1847 die bürgerliche Trauung gestattet war, denen jedoch jetzt die Bedingung ihres formellen Austrittes aus der Landeskirche erlassen ist. Was die Art der bürgerlichen Ehe betrifft, so hat die Regierung sich für die facultativ-bürgerliche Ehe entschlossen. Sie hat im § 1 des Gesezes ausdrücklich die priesterliche Trauung als Form einer bürgerlich gültigen Ehe anerkannt, und dadurch den Werth aussprechen wollen, der auf diese Form noch ferner gelegt wird; sie hat aber dann im § 2 die bürgerliche Eheschließung als gleichberechtigt hingestellt und es dem Gewissen des Einzelnen überlassen, die priesterliche Trauung ebenfalls nachzusuchen. Die Erklärung vor dem Richter soll nicht in Form eines Contractes, sondern eines Gelübdes in der Treue geschehen.

Eine Mittheilung der Berliner Bankzeitung über eine preussische Kriegsanleihe wird der „Presse“ durch eine Berliner Privat-Correspondenz mit folgenden näheren Angaben befügt. Es soll, wie man uns schreibt, im Staatsministerium unter Zustimmung des Prinz-Regenten der Beschluß gefaßt worden sein, sich den Eventualitäten eines Krieges gegenüber auch in finanzieller Beziehung „schlagfertig“ zu halten. Zu diesem Zwecke will die Regierung zwar vom gegenwärtig versammelten Landtage noch nicht unmittelbar die Zustimmung zu einer Anleihe für den Kriegsbedarf verlangen, sondern, bevor noch die Kammern auseinandergehen, beim Landtag die Ermächtigung nachsuchen, für den Kriegsfall fünfzehn, und, wenn die Bewilligungen eine „Activität“ Preußens erzeugen sollten, fünfzig Millionen Thaler zu borgen. Der Finanzminister v. Patow soll sogar die Ansicht vertreten haben, es sei gerathen, ihn schon jetzt zu ermächtigen, mit einigen Finanzmächten vorbereitende Vereinbarungen zu treffen, um die Anleihe im Augenblick des Bedarfs nicht unter schlechten Bedingungen realisiren zu müssen, während der gegenwärtige Paricours der preussischen 4 1/2 procentigen Staatspapiere ihm die Möglichkeit biete, schlimmsten Falls ein 5procentiges Anlehen jetzt noch mit der größten Leichtigkeit zum Paricours unterzubringen.

Frankreich.

Paris, 17. Februar. Wie schon früher der französische Gesandte in Frankfurt sind nun auch die von Kassel, München und Stuttgart nach Paris bechieden worden, um ebenfalls Auskunft über die Stimmung in Deutschland zu geben. Der Fürst Latour d'Auvergne französischer Gesandter in Turin, ist bereits gestern in Paris angekommen. Er wurde heute vom Kaiser empfangen und begibt sich nächste Woche nach Turin zurück. — Der „Nord“ erklärt alle Gerüchte über eine bevorstehende französische Anleihe von 450 Millionen für ungegründet, da man bis jetzt weder an diese Summe, noch an eine Anleihe überhaupt gedacht habe. — Der verjagte „Kaiser“ von Hayti, Souleuvre, soll Frankreich um gasliche Aufnahme ersuchen wollen. — Die Verwarnung der „Presse“ hatte, bei der eigenthümlichen Stellung dieses Blattes, in ersten Augenblicken in dieser Maßregel eine andere politische Richtung als die bisher eingeschlagene erkennen. Doch dieser Eindruck verflüchtete sich bald wieder. Man sagte sich, wenn die Regierung wirklich Beschwichtigung der Gemüther will, wozu dann das Rundschreiben des Ministers Delangle an die Präfecten und wozu die fortwährenden Müstungen? Es hieß auch, daß auswärtige Einflüsse mitgewirkt hätten. Der päpstliche Nuntius habe sich über den Ton, in welchem die „Presse“ überhaupt die italienischen Angelegenheiten bespricht und namentlich über den amtlich gerügten Artikel derselben beschwert. — Am 8. Februar, so läßt sich die Londoner „Continental Review“ aus Paris schreiben, läßt der Kaiser an so heftigem Kopfschmerz, daß Dr. Souleuvre ihn beinahe zwang, einen kurzen Ritt ins Boulogner Gehölz zu machen. Bei die-

wußte aber nur von zwei Thüren, weshalb er die dritte unbefestigt ließ, und aus dieser entkam Rozsa Sandor. Befragt, warum er die Soldaten draußen postirt habe, und nicht gleich, oder mindestens nach dem Entspringen Rozsa's in die Wohnung desselben gedrunzen sei, sagt Zeuge, seine Leute wie auch die Mannschaft hätten sich zu sehr gefürchtet. Daß der Zeuge nicht alle drei Thüren gesehen habe, wird für unwahrscheinlich gehalten. Die dem Zeugen sagt Rozsa Sandor in's Gesicht, er (Rozsa Sandor) habe ihm dreihundert Gulden Convent. Münze gegeben, damit er ihm vorkommenden Falles mittheile, ob man etwas gegen ihn vorhabe; er hätte sich nach erhaltener Nachricht einen Advokaten genommen. Zeuge habe ihm auch seinen Schutz zugesagt, was der so Verdächtige aber mit der Betschwerung zurückweist, er sei mit R. Sandor niemals zusammengekommen, noch weniger habe er von ihm Geld erhalten; vielmehr habe ihm sein Schwager, Körofi Gyury, eine Drohung Rozsa's mitgetheilt, indem er sagte: Sieb Acht, Rozsa Sandor bringt dich um.

Katharina Bodo, die angebliche Gattin Rozsa Sandor's, 38 Jahre alt, spricht auch deutsch. Auf die Bemerkung, daß sie vielleicht nur die Wirthschafterin des Angeklagten ist, erwidert sie, sie könne das nicht gewesen sein, da ihr Mann nie einen gewissen Aufenthalts-Ort hatte; sie behauptet vielmehr mit ihm getraut worden zu sein. Sie nennt auch zwei

Hochzeitsbeistände: Fodor und Zoth Joska (aus Ulyó). Ueber ihre Kinder befragt, sagte sie, der ältere Sohn sei achtzehn Jahre alt, Eisenbahnarbeiter, und ein Kind der Liebe, aus einem andern Verhältnis als jenem mit Rozsa S.; der jüngere Knabe sei zehn Jahre alt, da sie Rozsa S. erst im Jahre 1848 zu Ulyó kennen gelernt hat.

In Betreff des Ereignisses in der Novembernacht 1849 widerspricht ihre Aussage der des Zeugen Bekes in mehreren Punkten. Sie sagt, sie habe erst Licht gemacht, nachdem sie auf des Wellen des Hundes in den Hof gekommen, und ihr durch Bekes befohlen worden war, Licht zu machen, während dieser behauptet, das Licht bereits gesehen zu haben, als er in den Hof trat. Auch das Zweigespräch, welches sie bei jener Gelegenheit gehalten haben, wird von Beiden verschieden angegeben. Unter anderem sagt die Frau, sie habe dem Zeugen Bekes auf die Frage, wo Rozsa Sandor sei, gesagt, er möge hereinkommen und selbst nachsehen; Zeuge habe ihr darauf erwidert, er gehe nicht für drei Tanyen hinein, was dieser entschieden leugnet.

Die Zeugen Georg Sikos und Franz Mhalys schildern die Nacht in Uebereinstimmung mit Bekes, weichen aber von diesem in soferne ab, daß sie von 3 Thüren erzählen, die sie in der trotz dem Nebel ziemlich hellen Nacht bemerkt zu haben glauben. Auch diese beiden Zeugen werden von Rozsa S. beschuldigt durch

ihn bestochen worden zu sein, und zwar der Eine mit 300 und der Andere mit 200 fl., was sie jedoch entschieden in Abrede stellen; ferner sagt Rozsa, er habe dem jetzt genannten Zeugen durch sein Weib einen Doppel- und zwei einfache Ducaten geschickt. Die Bodo weicht hiervon nur insoferne ab, als sie sagt, sie habe die drei in Papier gewickelten Goldstücke auf dem Wege angesehen und gefunden, daß sie alle drei von gleicher Größe seien. Auf die Frage, woher er all das Geld genommen, sagt Rozsa, er habe es für verkauftes Vieh erhalten; auf eine andere Frage, weshalb er Zweien 300, dem Dritten aber nur 200 Gulden gegeben habe, sagt der Angeklagte, er habe dies gethan, weil jene höhere Beamte waren als der Dritte.

Sitzung vom 17. d. Valentin Szary, jener Soldat, welcher 1849 bei der Tanya des Tary von dem stiebenden Rozsa Sandor gefährlich verwundet wurde, während sein Kamerad Brendza bekanntlich in Folge der dort erhaltenen Schußwunde sein Leben einbüßte, erzählt die Ereignisse jener Nacht in polnischer Sprache. Seine Aussage besteht in Kurzem in Folgendem: Zeuge ist aus dem Jaóloer Kreise gebürtig, diente im Regiment Erzherzog Wilhelm und war zur Zeit des betreffenden Vorfalles in Szegedin stationirt. Eines Tages wurde er nebst zwölf Kameraden zu einer Streifung commandirt, welche ein städtischer Commissair anführte. Sämmtliche Teilnehmer der Streifung fuhrten in Wagen hinaus; es war Herbst, und es

schnete ein wenig. Gegen 3 Uhr Morgens kamen sie zu einer Tanya. Zeuge wurde dort vor eine Thür postirt, während der Commissair vor einem Fenster stehen blieb. Ein anderes Fenster so wie noch eine Thür wurden ebenfalls besetzt. Den ihm vorgelegten Situationsplan versteht Zeuge nicht, weiß aber nach eigener Anschauung anzugeben, daß Rozsa Sandor durch eine unbefestete Thür entkommen ist, die erst später gesehen wurde. Der Commissair rief durch's Fenster, man solle die Thür öffnen. Das geschah aber nicht. Nur trat die Frau des Rozsa Sandor in die Thür, und schmeißt erst dann Licht gemacht zu haben, den Zeuge bemerkte beim Kommen gar kein Licht in der Tanya. Beim Entspringen feuerte Rozsa Sandor 2 Schüsse kurz nach einander ab. Auf den ersten Schuß hörte Zeuge seinen Kameraden Brendza aufschreien, dann fiel gleich der zweite Schuß, der dem Zeugen selbst ins Hinterhaupt drang. Zeuge fiel vornüber nieder, erhob sich aber sogleich und schoß dem stiebenden R. S. nach. Zeuge wurde dann mit seinem Sacktruch verbunden, setzte sich in der Nähe nieder und hörte dann, wie die Soldaten sagten, sie wollen in die Stube dringen; der Commissair widerrieth es ihnen aber mit den Worten, R. S. könnte zurückkommen und noch Einen erschießen. Nach dieser Aeußerung wurden die drei Tags zuvor vorgekommenen Sicherheitscommissaire, welche die Streifung damals anführten, hereingerufen. Zwei von ihnen können nichts als

fer Gelegenheit trug er zum ersten Male einen grauen Rock, was den Leuten, die ihn sahen, wie eine absichtliche Kundgebung vorkam, so daß man sagte, der kleine Hut werde sich nun auch bald bliden lassen. — Wie aus Lyon geschrieben wird, hat die dortige Armee Befehl erhalten, ihre Infanterie und Cavallerie auf Kriegsfuß zu bringen. — Infolge Beschlusses des Kriegsministers wird der Activstand der Bataillone der Armee von Paris auf 750 Mann oder 1500 Mann für je ein Linien-Infanterie-Regiment erhöht, die Depots-Bataillone mit inbegriffen.

Man schreibt der „A. A. Ztg.“ aus Berlin: Die früheren Mittheilungen über den geistig unbefriedigenden Entwicklungsstand des Kindes von Frankreich, welche bald darauf von anderen Seiten dahin erweitert wurden, daß dasselbe taubstumm sei, haben in diesen Tagen eine bedeutende Bestätigung erhalten. Es sind nämlich im höheren auswärtigen Auftrag unter der Hand hier höchst vertrauliche Nachfragen nach betreffenden ärztlichen Autoritäten angestellt worden, wobei bei zugleich der Wunsch angedeutet wurde, daß sie sich zu einer Consultationsreise nach Paris entschließen möchten.

Die „Union“ bringt ein Schreiben aus Neapel vom 10. d. Mts. worin sie constatirt, daß nicht bloß in allen Theilen des Königreiches tiefe Ruhe herrscht, sondern auch Fortschritte im öffentlichen Leben, welche namentlich dem Fremden, der Neapel nach einer Reihe von Jahren wieder besucht, auffallen müssen, geschehen, die sich namentlich im zunehmenden Wohlstande der Bevölkerung äußern. Der Berichterstatter schließt sein Schreiben mit folgenden Worten: „Ich kann nicht schließen, ohne zwei Worte über den Eindruck zu melden, den die Lectüre der Hauptstellen der Broschüre „Napoleon III. und Italien“ hervorgebracht.“ Ich habe insbesondere die Motive, welche nach dem Verfasser irgend eine Intervention erheischen würden, nicht, und ihm in der Aufzählung der Hilfsmittel und der Consequenzen, zu denen er gelangt, folgend, scheint mir, daß die Broschüre sich in drei Worten analysiren läßt: „Der Irrthum als Ursache, die Unmöglichkeit als Mittel und eine Ungeheuerlichkeit als Zweck.“

Die „Patrie“ sucht die nach ihr besonders im Auslande verbreitete Ansicht zu widerlegen, als wolle die große Mehrheit des französischen Volkes den Krieg um jeden Preis vermeiden und Verwerfung von vornherein eine Politik, die möglicher Weise zu einer Störung des Friedens führen könne. Die „Patrie“ meint, es gebe in Frankreich, seitdem die italienische Frage aufgestellt worden, drei Parteien, die in ihrer Stellung zu derselben bedeutend von einander abweichen. Neben den Gleichgültigen und den Anhängern der republikanischen Ideen, welche aus Haß gegen die Verträge von 1815 zum Kriege drängen, sei noch eine dritte Partei vorhanden, schon jetzt mächtig und dazu bestimmt, die Majorität des Landes auszumachen. Diese habe zwar ebenfalls die Verträge von 1815, wolle sie aber nicht zerrissen, sondern nur in einem Punkte im Interesse Europas verbessert sehen und betrachte den Krieg nur als das äußerste Mittel zu Erreichung dieses Zweckes. Weder die unbedingten Anhänger des Friedens, die größtentheils von Privatinteressen geleitet würden, noch die Ueberreste der revolutionären Partei und Propaganda sprächen die wahre Meinung Frankreichs aus. Diese werde von der Partei vertreten, welche man die des bedingten Friedens nennen könne, welche Frankreich an der Spitze der Civilisation erhalten wolle und von seiner Regierung einen ruhmwürdigen Frieden oder, wenn dies unmöglich sein sollte, einen rechtmäßigen Krieg verlangt. „Die Partei ist die unsrige, fährt die „Patrie“ fort; möge das Ausland sich nicht täuschen, Frankreich ist schwerer zurückzubringen als zu erregen. Es will mit dem Kaiser einen bedingten Frieden, einen Frieden, der mit der Festigung und dem französischen Einflusse in der Welt verträglich ist. Es wird denen nicht folgen, welche den Frieden für absolut nothwendig halten, und ihn ohne Bedingung wollen.“

Großbritannien.
London, 17. Febr. Nach dem Globe hat Lord Malmesbury einen Consul für Jeddo in Japan in der Person des Armeecapitains Francis Howard Wyse ernannt. — Der „Verein zur Erzielung der geheimen Abstimmung“ hatte sich gestern in der Albion Tavern in der City zu einem gemeinsamen Essen zusammengefunden. Es waren im Ganzen 120 Gäste anwesend,

ungarisch, nur Bekes kann ein wenig raizisch. Nur er also kann sich den Soldaten — es waren lauter Polen — verständlich gemacht und ihnen das Einbringen widerarrt haben. Bekes leugnet dies jedoch und beharrt auf seiner obigen Aussage. Der Zeuge Szory gibt übrigens in Bezug auf seine Krankheitsgeschichte an, daß ihm mittelst einer Operation die Kugel — die für eine Pistolenkugel gehalten wird — aus dem Kopf gezogen wurde und er ein Jahr und sechs Wochen im Szegediner Militärspital krank darnieder lag. Seitdem ist er geschwächt, verspürt bei schlechtem Wetter stets heftige Kopfschmerzen und kann nur — er ist gegenwärtig Tagelöhner — leichte Arbeiten verrichten. Verlangt er 300 fl. EM. Hierauf zog sich der l. Gerichtshof zurück, um zu entscheiden, ob das angebliche Zeugnis zu beider Sei oder nicht und kam mit dem Beschlusse zurück, die Genannte zum Eid nicht zuzulassen. Hierauf wurde ein Theil der Zeugen vorgelesen, welche am Morgen des 12. Sept. 1852 durch Rozsa Sandor und vier andere Betypen geprüft wurden. Die meisten erkennen Rozsa Sandor und geben bestimmt an, daß er es sei, der bei jener Gelegenheit die vier Betypen angeführt habe. Rozsa Sandor setzt allen ein beharrliches Leugnen entgegen und will an jenem Tage in der bezeichneten Gegend gar nicht gewesen sein. (Fortsetzung folgt.)

darunter nicht wenige Parlamentsmitglieder, obgleich auch nicht so viele, wie man erwartet zu haben schien. Herr Berkeley und Sir J. N. Shelley hielten lange Reformreden, allein charakteristisch ist, daß zwei sonst eifrige Anhänger der geheimen Abstimmung, General P. Thompson und Sir C. Napier, des Vereinszweckes mit keiner Sylbe gedachten, dagegen aber die Gelegenheit benutzten, um vor der dringenden Gefahr einer französischen Invasion zu warnen.

In der Oberhaus-Sitzung vom 17. d. verlangte Lord Grey, daß die Depeschen Gladstone's über die Verfassung der ionischen Inseln veröffentlicht würden. Lord Derby weigerte sich, auf dieses Begehren einzugehen und lehnte überhaupt aus Gründen des Staatswohls eine Discussion über diesen Gegenstand ab.

Baron Lionel Rothschild ist nicht mehr das einzige jüdische Parlaments-Mitglied. Gestern wurden zwei Juden ins Unterhaus gewählt; in Greenwich der Alderman Salomons und in Hythe (einem der „fünf Häfen“) Baron Meyer Rothschild.

Italien.
Man meldet aus Turin vom 17. d. Mts.: Ein Ausfuhrverbot von Fourage und Hafer ist der Kammer zur Sanction vorgelegt worden. Im Kriegsministerium beschäftigt man sich mit der Aufstellung von Gabres für die Depots-Bataillone. Zu Guneo und Cassano wurden Depots zur freiwilligen Anwerbung errichtet. Das amtliche Blatt von Savoyen kritisiert zwar scharf die Worte der savoyischen Deputirten, die sie in der Sitzung vom 9. sprachen, läßt aber doch durchblicken, daß eine Trennung nichts unmögliches sei. Die „Walliser Zeitung“ spricht sich in Betreff angeleglicher Verbungen in Tessin und Wallis heftig gegen den Krieg und die französische Regierung aus.

Aus Savoyen, 13. Febr., wird gemeldet: Nach einer Genueser Correspondenz der (officiösen) Gazette de Savoie habe man jetzt die „Gewisheit“, daß Garibaldi die „Mission“ erhalten habe, ein großes Freicorps zu bilden. Derselbe Correspondenz will wissen: es sei bereits ein Schlachthymnus von dem modernen „Cincinnati“ einem bekannten Componisten übergeben worden, um eine Melodie darauf zu machen. (!) Hiemit würde auch die folgende Mittheilung eines Londoner Correspondenten der A. A. Z. übereinstimmen: „Vor einigen Wochen war bekanntlich Garibaldi in London, um im Namen der sardinischen Regierung eine Freicorps-Regiment zu werben, und sich überhaupt mit den italienischen Flüchtlingen in freundliche Beziehungen zu setzen. Bei dieser Gelegenheit — seine Mission blieb beiläufig bemerkt fruchtlos — erklärte er positiv: es existire ein Schutz- und Trutzbündniß zwischen Sardinien und Frankreich, und der Krieg gegen Oesterreich werde im Frühjahr beginnen, sobald die Vorbereitungen in beiden Ländern vollendet seien. Diese Thatsache, die ich verbürgen kann, ist um so wichtiger, da Garibaldi den Beweis lieferte, daß seine Mission eine officielle, und daß er in die geheimsten Pläne seiner Regierung eingeweiht war. Man möge also in Deutschland auf der Hut sein. Der Kriegslärm ist kein blinder.“

Die Herren Solar della Margarita, Costa de Beauregard, Cambuzano u. A. haben im Namen der 35 Abgeordneten der Minorität in der Turiner Deputirtenkammer eine Erklärung veröffentlicht, worin sie sich gegen den Vorwurf, ausländischen Zwecken zu dienen, feierlichst verwahren. Die Nation wisse es recht gut, daß eine Partei das Anlehen nur zu aggressiven Zwecken zu verwenden beabsichtige; deshalb habe die Minorität dagegen gestimmt und dem Cabinet die Mittel verweigert, die Zukunft des Landes bloßzustellen. Das Betragen der Linken gegen die conservativen savoyischen Deputirten ist beispiellos. Als der Deputirte de Vercy erklärte, daß Savoyen in seiner Eigenschaft als nichtitalienische Provinz sich nicht an der Politik einer Nationalität betheiligen können, die ihr fremd sei, wurden ihm die ungezogensten Schimpfworte von den Mitgliedern der Linken zugeschleudert, um ihn zu nöthigen, den Saal zu verlassen und seine Demission zu geben. Und Graf Cavour selbst, uneingedenk seiner Würde als erster Minister des Landes, ging so weit, ihm zuzurufen: er möge nicht allein seine Entlassung als Deputirter geben, sondern auch als Appellationsrath. Welch' argen Druck dieses terroristische Betragen der Linken ausübte, spiegelt sich am besten in der Thatsache, daß bei der öffentlichen Abstimmung über die Artikel des Anleihengesetzes höchstens 20 Deputirte da-

Bermischtes.
* Ueber den seit dem 3. d. in Rom weilenden Prinzen von Wales werden minder bekannte interessante Einzelheiten gemeldet. Der Prinz-Consort Albert hatte Price, einen Künstler von Ruf, beauftragt, dem Sohne, der nicht nur dem Namen nach seine wissenschaftliche Erziehung in Rom vollenden soll und will, zur Seite zu stehen, und mit Hilfe der photographischen Maschine die Zeichnungen der vorzüglichsten Monumente der ewigen Stadt aufzunehmen. Auf diese Weise wird der junge Erbe der britischen Krone, welcher abichtlich den großen Umweg über Ravenna machte, um dort die erhablichen Schöpfungen der byzantinischen Kunst zu bewundern und mit großer Aufmerksamkeit die Denkmäler der zweiten Stadt des Reichens zu beobachten, deren Universitäts- und Mittelschulen mit englischen Studenten so angefüllt war, daß bis heute Kloster und Kirche der Stadt überreich an Andenken derselben sind, leichter und angenehmer die Topographie und Geschichte der römischen Metropolis studiren können.
* Eine vor wenigen Tagen mitgetheilte Notiz über die ältesten Mitglieder des englischen Parlaments ist dahin zu berichtigen, daß nicht Lord Lyndhurst der Nestor des Oberhauses ist, sondern daß sich die Lords Combermere und Bristol in diese Reihe schloßen. Beide sind im Jahre 1769 geboren, folglich in ihrem 90. Lebensjahre.
* (Fürst Gortschakow.) Die diplomatische Welt und die russische Welt, schreibt der Pariser Feuilletonist der „Ind. belge“, sind in großer Aufregung. Es handelt sich weder um die Donaufürstenthümer, noch um Indien, weder um Neapel noch um China. Es handelt sich einfach um eine kleine Flugblätter, die in jenen Kreisen sehr verbreitet, außer denselben aber vollkommen unbekannt ist. Das Pamphlet hat den Titel: „Ein Diplomat im Schlafrock“ und ist gegen den Fürsten Gortschakow, den russischen Minister des Auswärtigen, gerichtet. Der Verfasser heißt Delessert, ist ein Schweizer von Geburt, war einige Zeit

gegen zu stimmen wagten, während im geheimen Scrutin über 30 Stimmen dagegen waren.

Die „Armonia“ bespricht das an die Piemontesischen Agenten im Auslande gerichtete Rundschreiben des Grafen Cavour, in welchem er die Nothwendigkeit des neuen Anlehens zu motiviren bemüht ist, und bemerkt, daß der Ministerpräsident in dem Rundschreiben unter Anderem sage, seine bei dem Pariser Kongresse gesprochenen Worte hätten die Gemüther in Italien beruhigt; nach drei Jahren aber und nachdem die damals entstandenen Hoffnungen verschwunden seien, bedürfte der Minister neuer Mittel, um den Eventualitäten begegnen zu können. Hier vergesse der Minister ganz einfach an die schon im Jahre 1857 in Genua stattgehabten revolutionären Vorgänge, an das Attentat von Bentivoglio, an die Expedition des „Cagliari“ und an Pisacane, sämmtlich Konsequenzen eben jener seiner auf dem Pariser Kongresse gesprochenen Worte; namentlich habe aber Graf Cavour außer Acht gelassen, daß die in Folge der geneuesischen Vorgänge Verhaftungen vor Gericht den Namen Cavour und dessen Aussprüche in Paris als die Motive ihrer Handlungen bezeichnet hätten. Weiter sage Graf Cavour von den anderen Regierungen Italiens, die Provozierung zu Rubestörungen gehe von ihnen aus, während doch die brandstiftende Presse ihren Sitz am Po habe, während den geheimen Gesellschaften freier Spielraum in Piemont gegeben sei, während Piemont als Sammelplatz aller italienischen Revolutionäre gelte und man in diesem Staate, um nur ein Beispiel anzuführen, Subskriptionen sammle, um italienischen Bevölkerungen Klünten zum Gebrauche gegen ihre legitimen Regierungen in die Hände zu geben.

Donau-Fürstenthümer.
Die „Bucharester Deutsche Ztg.“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, in Folge der Wahl Alexander Gousa's zum Hospodaren der Walachei. Ueber die Doppelwahl Alexander Gousa's heißt es in derselben: „Zwar haben die hohen Mächte in ihren Konferenzen zu Paris nicht die Mittel gefunden, um uns ihre Wünsche gänzlich zu gewähren oder sie zu realisiren, aber sie haben uns dennoch nicht nur hierzu den Weg eröffnet, sondern uns selbst darauf hingewiesen, wie wir unser so sehr ersehntes Ziel erreichen könnten. Die völlige Gleichheit der Denkungsart, der Sitten und Gebräuche — der Bedürfnisse und Wünsche — nebst einer ganz gleichen Gesetzgebung haben auch die Wahl eines einzigen Staatsoberhauptes angezeigt und möglich gemacht. Die hohe Wahlversammlung hat daher einen energischen Schritt zur Union gemacht, indem sie Se. Hoheit Alexander Joan I., den Fürsten der Moldau, auch zum Regenten der Walachei erwählte, welcher Schritt durchaus, sowohl dem Buchstaben als dem Geiste nach, in der Convention gegründet ist (?), indem die Vereinigung nur in der Person des Landeshefes geschieht, aber zwei getrennte Ministerien in Civil- und Militär-Angelegenheiten und eine getheilte Verwaltung bleibt, konform der Convention. Die hohe Wahlversammlung hat bei weitem mehr gethan, als daß sie uns nur einen Fürsten gegeben, sie hat ein Prinzip gebilligt, welches in dem Grunde unserer Herzen eingewurzelt war. Die Wahl des Fürsten Alexander Joan I., durch welche die Regierung in einer Hand vereinigt wird, erstarkt unsere politischen Verhältnisse, hebt unser Nationalgefühl und wird uns stets erinnern, daß die Kraft nur in der Vereinigung besteht: eine Vereinigung hingegen für uns um so fataler und vernichtender wäre, als wir noch der innigeren Verschmelzung bedürfen.“

Türkei.
Man schreibt aus Constantinopel vom 12. Februar: Der Entschluß der Pforte, eine Wiedervereinigung der Pariser Konferenz zu beantragen, um über die Wahl des Obersten Gousa einerseits, um Hospodar der Moldau, andererseits rücksichtlich der weiteren Doppelwahl Beschlüsse zu erzielen, ist in Folge eines am 8. d. Mts. bei der Pforte gehaltenen außerordentlichen Rathes, der sich bis spät in die Nacht verlängerte, gefaßt worden. Als ein Beweggrund wurde hervorgehoben, es sollten im gemeinschaftlichen Einvernehmen die Mittel festgesetzt werden, welche Handlungen, die den Stipulationen des Pariser Friedensvertrages und der Convention vom 18. August zuwiderlaufen, zu verhüten geeignet sind. Am

Lehrer der Söhne des Fürsten und wurde ziemlich rasch entlassen. Diese Entlassung erklärt die ganze feindselige Haltung der Schrift gegen den Fürsten. Der Feuilletonist der „Independance“, der durch mehrere Jahre in der vertrauten Nähe des Fürsten Gortschakow gelebt hat, ergreift diese Gelegenheit, um von dem Fürsten ein ausführliches Portrait zu entwerfen. Derselbe ist gegenwärtig 60 Jahre alt, trat sehr jung in die Diplomatie und that sich bald rühmlich hervor. Seine Ueberzeugungsgabe zeichnete der Kaiser Nikolaus am besten, indem er eines Tages sagte: „Wenn Gortschakow sich auf eine Idee erpicht, dann möchte man sagen, daß er sich mit Zucker getränkt hat.“ Mit 23 Jahren war Fürst Gortschakow bereits erster Gesandtschaftssekretär in London. Einige Tage vor seiner Ernennung hatte er bei Hofe Theater gespielt und zwar ziemlich schlecht. Den Tag, nachdem seine Ernennung unterzeichnet war, begegnete ihm der Kaiser Nikolaus und sagte wörtlich: „Nun Fürst, werden Sie noch fernere Comedie spielen?“ — „Gewiß, Eure“, erwiderte Gortschakow, „da Majestät mich nach einem andern Theater zu schicken geruhen.“ Der Kaiser grüßte ihm wegen dieses Wortes lange Zeit. — Die Handschrift des Fürsten sieht hübsch, fest und zierlich aus, ist aber unleserlich. Der Kronprinz von Württemberg, Gemahl der Großfürstin Olga pflegte zu Gortschakow, als derselbe noch Gesandter in Stuttgart war, zu sagen: „Fürst, wenn Sie meiner Frau Geheimnisse zu schreiben haben, geben Sie sich nicht erst die Mühe russisch zu schreiben, was ich nicht verstehe. Schreiben Sie nur deutsch französisch, ich kann kein Wort von Ihrer Schrift lesen und das kommt auf Eins heraus.“ Fürst Gortschakow war Gesandtschaftsträger in Florenz zu gleicher Zeit wie Hr. v. Rarmartine. Fürst Gortschakow war sogar Zeuge des Letzteren bei einem Duell. Wit der Familie Benaparte, und namentlich mit der Königin Hortense, der Mutter des gegenwärtigen Kaisers Napoleon III., war er eng befreundet. Er trägt an seiner Uhrkette einen indischen Talisman, von er sehr hoch hält und von der Königin Hortense erhalten hat. Er glaubt, daß ihm dieser Talisman Glück bringt. Zwölf Jahre lang war er Gesandter in Stuttgart, bis

9. war großer Empfang bei dem Sultan, sämmtliche Minister und höheren Staatswürdenträger wurden ihm vorgestellt. In Folge der beunruhigenden Nachrichten aus Europa sind hier die Wechselcourse bedeutend gestiegen. Ein Pfund Sterling wurde mit 144 1/2 und der Franc mit 229 berechnet. Auf dem Getreidemarkte ist es zur Zeit noch still. Einer Meldung aus Damaskus zu Folge ist der Beduinenhäuptling Harfouch, der sich gegen die türkische Regierung empört hatte, gefänglich eingebracht worden. Die zwei ersten Nummern des englischen Blattes „Evant Herald“ sind bereits erschienen.

Amerika.
Nach den neuesten Nachrichten aus Mexico kamen neue Attentate auf die Spanier vor; Mörder drangen plündernd und mordend in die Pflanzungen von Cuernaracca ein. Die dort befindlichen Spanier retteten sich nur durch schleunige Flucht. Der „Weser Ztg.“ wird aus Privatmittheilung aus Hayti die Nachricht bestätigt, daß der Kaiser Soulouque am 15. Januar sein Reich verlassen und sich nach Jamaika eingeschifft hat. In den Koffern, die der flüchtige Kaiser zurückerlassen mußte, fanden sich 28,000 Dublonen (448,000 Doll.) und 5 Millionen brasilianische Thaler, die aber wohl nicht alle in die Kasse der neuen Republik gewandert sind. Das neue Ministerium ist konstituirte: General Paul ist Ministerpräsident; General Prophet Minister des Innern; General Dejoie, Kriegsminister; Monsieur Plaisance M. Alcouque, Justiz; André Jean Simon, Minister des Auswärtigen; M. Philippo, Cultus.

Local- und Provinzial-Nachrichten.
Kraakau, 19. Februar.
[Aus dem Gerichtssaale.] Sitzung vom 14. Febr. 1859. Kollegium von 3 Richtern.
Johann W., welcher mit Johann K. einen Streit wegen einer Waldparzelle hatte, schlug denselben, als solcher am 27. Juli 1858 neben seinem Hause vorbeiging, mit einem Hebelbaum so stark über den Arm, daß der Vorderarm brach und Johann K. weit über einen Monat arbeitsunfähig war. Johann W. wurde wegen dieser schweren körperlichen Beschädigung nach §. 152 und 155 a) mit Verurtheilung seines ganzen Sittenzugewinnes, seines Gehaltsverlustes, der geleisteten Entschädigung und der schuldlosen Familie zum schweren Kerker in der Dauer von vier Monaten verurtheilt mit einsamer Einsperung in dunkler Zelle am 27. eines jeden Monats und ergängt mit zweimaligem harten Lager in jeder Woche verurtheilt.
Am 7. d. geriet der Knecht Michael Zabor aus Jastrzebia, Bezirk Glogowice, bei dem Umsturze seines mit Holz beladenen Wagens unter denselben und ist hierbei ums Leben gekommen.

Handels- und Börsen-Nachrichten.
Paris, 18. Februar. Schlusscourse: 3proz. 67. 4/2 bez. 97.50. Silber 84 1/2. Staatsbahn 547. Credit-Mobilier 780. Lombarden 517. Orientbahn 505. Fests. Die Konferenz soll am 22. d. M. eröffnet werden.
Paris, 19. Februar. Schlusscourse: 3proz. 67.80. 4/2 bez. 97.50. Staatsbahn 541. Credit Mobilier 772. Lombarden 515. Orientbahn 503. — An der Börse verlautet, daß eine britische Escadre nach dem Mittelmeer abgehen werde.
London, 18. Februar. Schlusscourse 95 1/4. Lombarden 517. Freitagsgewicht 10 fl. 83 fr. — Wochenanweis der englischen Bank: Notenumlauf 20,489,345 Pfund Sterling. Barvorrath 19,747,154 Pf. St.
Kraakauer Cours am 19. Februar. Silberrubel in polnisch Courant 106 verlangt, 105 bezahlt. — Oesterreich. Bank-Akten für fl. 100 poln. fl. 422 verl., fl. 418 bezahlt. — Preuss. Gr. für fl. 150 Thlr. 95 1/2 verl., 94 1/2 bez. — Russische Zinverials 8.55 verl., 8.42 bezahlt. — Napoleons d'or 8.42 verl., 8.30 bez. — Vollständige holländische Dukaten 4.97 verl., 4.86 bezahlt. — Oesterreichische Rand-Dukaten 5 — verl., 4.88 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons 98 1/2 verl., 98 1/2 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons 83 — verl., 82 — bezahlt. — Grundrenten-Obligationen 79.50 verl., 78 — bez. — National-Anleihe 79 — verlangt, 78 — bezahlt, ohne Rinsen.

Telegr. Dep. d. West. Corresp.
Neapel, 14. Febr. Die dreizehnjährige Prinzessin Marie Leopoldine, Tochter Sr. königl. Hoheit des Grafen v. Acquila, ist heute gestorben.
Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Societ.
Verzeichniß der Angewonnenen und Abgereisten vom 19. u. 20. Februar 1859.
Angewonnen in Poller's Hotel die Herren Gutsbesitzer: Mich. von Radolisch aus Graß. Graf Ladislaus Rogwadowski aus Tarnów.
Im Hotel de Pologne: Herr Gutsbesitzer Heinrich Lewicki aus Bieszkowice.
Abgereist die Herren Gutsbesitzer: Mieczislaus Pawlowski n. Lemberg. Graf Johann Tarnowski nach Czorzelow. Graf Ladislaus Rey nach Glogowice. Sigismund Jaroszewski nach Polen. Constantin Kiernicki n. Fröystaf. Felix Rosnowski n. Przeworsk.

der Krimkrieg ausbrach, wo seine Rolle plötzlich rasch wuchs. Drei Männer, welche in diesem Augenblicke die wichtigsten Posten inne haben, waren zu gleicher Zeit Gesandte in Stuttgart gewesen; es sind dies: Fürst Gortschakow, Graf Buol und Lord Cowley, der damals Lord Wellesley hieß. — Fürst Gortschakow hat einen Koch, Monsieur Gruyere, dem er einen Jahresgehalt von 25,000 Francs zahlt. Gruyere ist ein Schüler von Louis Pierre, dem General-Küchenchef des Kaisers Napoleon I. Gruyere hat gegenwärtig eine Jahresrente von 40,000 Francs und schöne Besetzungen in der Umgegend von Straßburg. Nachdem Gruyere in St. Petersburg, Paris und Wien gelebt hatte, wollte er sich mit einem neuen Jahresertrahen zurückziehen; aber Fürst Gortschakow ließ ihm glänzende Anerbietungen machen und gewann ihn für sich. Gruyere verlangte 25,000 Francs Gehalt, eine freie Wohnung außer dem städtischen Hause und einen Gehaltzuschuß für seinen Tisch, denn er ist nie aus seiner Küche, sondern speist stets bei irgend einem beschriebenen Restaurant. — Der Fürst ist ein großer Liebhaber der Kunst. Er besitzt eine der schönsten modernen Gemäldergalerien. Er besaß auch ein prachtvolles Album, welches Meisterwerke von Delacroix, Ingres, Delcamp, Jadye u. enthielt. Vor zwei Jahren hat ihn ein französischer Diplomat, in das Album einsehen zu dürfen, und drückte sein Erstaunen darüber aus, daß die schönsten Zeichnungen aus demselben fehlten. „Mein Gott, ja“, sagte der Fürst, „mein Album ist zu Grunde gerichtet; was in demselben zurück blieb, hat seinen Werth, meine hübschesten Zeichnungen wurden mir gestohlen.“ — „Gestohlen? und von wem?“ — „Von einem meiner Cabinetscouriere, einem Kerl, der mich äffte und mir vorpiegelte, daß er die Kunst liebt.“ — „Und Sie haben ihn nicht festnehmen lassen?“ — „Nein“, erwiderte Fürst Gortschakow lächelnd, „der Schurke hat so trefflich gewirkt, daß ich nicht den Muth hatte, ihn deshalb zu zürnen.“ Der Schurke hatte aber Zeichnungen im Gesamtwerthe von beiläufig 50,000 Francs „gewählt!“

Nr. 26278. Concursauschreibung (130. 2-3)

Im Amtsbereich der Krakauer k. k. Finanz-Landes-Direction ist ein Steueramtskontrollorsstelle II. Classe in der X. Diätenclasse mit dem Gehalte jährl. 630 fl. öst. Währ. und der Verbindlichkeit zum Cautions-Erlage, ferner eine Steueramts-Assistentenstelle der II. Classe in der XII. Diätenclasse mit dem Gehalte jährl. 367 fl. 50 kr. öst. Währ. in Erledigung gekommen.

Zur Wiederbesetzung dieser Dienstposten und eventuell eines Steueramts-Controllors-Postens III. Classe, einer Officialstelle I., II. und III. Classe, eines Assistenten-Postens I. u. II. Classe, endlich zweier Assistenten-Postens III. Classe wird der Concurs bis zum 15. März 1859 ausgeschrieben.

Die Bewerber um diese Stellen haben ihre documentirten Gesuche unter Nachweisung der Kenntnisse im Steuerwesen, im Rechnungswesen und Gebührensvermessungs-Geschäfte, der Sprachkenntnisse, und der übrigen vorgeschriebenen Erfordernisse wozu bezüglich der Controllor- und Officialstellen die Cautions-Leistung in der Höhe des Jahresgehaltes des betreffenden Postens gehört; — im Wege ihrer vorgesetzten Behörden bei der Finanz-Landes-Direction in Krakau zu überreichen.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction. Krakau, am 26. Jänner 1859.

Nr. 2752. Concursauschreibung. (129. 2-3)

Zu besetzen ist bei dem im Folge Erlasses des hohen k. k. Finanz-Ministeriums vom 24. Juni 1858 Zahl 30615/1120 wieder zuerrichtenden Nebenollante II. Classe in Szczucin die Einnehmerstelle, in der X. Diätenclasse, mit dem Gehalte jährlich 420 fl. öst. Währ. dem Genuße einer freien Wohnung oder des systemmäßigen Quartiergehals und der Verbindlichkeit zum Cautions-Erlage.

Die Gesuche sind, insbesondere unter Nachweisung der

erforderlichen Befähigung und der Kenntniß der polnischen oder einer verwandten slavischen Sprache bis 25. März l. J. bei der Finanz-Bezirks-Direction in Larnów einzubringen. Von der k. k. Finanz-Landes-Direction. Krakau, am 7. Februar 1859.

Rundmachung. (135. 2-3)

Im Laufe des Monats März 1859 ist die bei der k. k. priv. gal. Carl-Ludwig-Bahn in Erledigung kommende Bahnhofsstellen zu besetzen.

Mit diesem Posten ist die gehörige Instandhaltung sämtlicher Dienstfuhrer des Fahr- und Aufsichtspersonales, so wie der Stationsfuhrer, und die Behebung der an denselben sich ergebenden Mängel verbunden. Die weiteren Bedingungen können bei unserm Kanzlei-Expedite in Krakau im Baruch'schen Hause vis-à-vis des Bahnhofes eingesehen werden. Bewerber um diesen Posten haben ihre dießfälligen Offerten und beziehungsweise Gesuche, mit Nachweisung ihrer Befähigung und des verlangten Meistpreises an die Betriebsleitung der k. k. priv. gal. Carl-Ludwig-Bahn bis längstens 26. Februar l. J. einzubringen.

Das angesprochene Honorar muß in den Offerten bestimmt und klar in Worten und Ziffern ausgedrückt werden, und ist dem Offerte überdieß die Bemerkung beizufügen, daß die Vertragsbedingungen eingesehen wurden, und unbedingt angenommen werden. Betriebsleitung der k. k. priv. gal. Carl-Ludwig-Bahn. Krakau, am 17. Februar 1859.

Zur Errichtung einer Fabrik in Krakau, zur Erzeugung von allen Sorten von Schuhwischen, Lackierlacken, Siegellack, Oblaten, Tinten, Parfümerien und dergleichen sonstigen brauchbaren Artikeln, wird ein Theilnehmer mit einer Einlage von 2-3000 Gulden gesucht. — Derselbe muß den dortigen Platz kennen und kaufmännische Kenntnisse besitzen. Das Nähere in der Expedition der Krakauer Zeitung. (136.1-3)

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 8 columns: Tag, Stunde, Barom. Höhe, Temperatur, Specifiche Feuchtigkeit, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Änderung der Wärme im Laufe d. Tage. Data for days 20, 10, 21.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 1. October.

Table of train schedules with columns for destination (e.g., Wien, Granica, Myslowitz, Strau, Wisliczka) and departure/arrival times.

Wiener-Börse-Bericht vom 19. Februar.

Table of stock market prices for various securities, including bonds and bank shares, with columns for 'Geld' and 'Waare'.

Table of stock prices for various companies like Nationalbank, Credit-Anstalt, and others, with columns for 'Actien' and prices.

Table of exchange rates for various locations like London, Paris, and Hamburg, with columns for 'Cours der Geldsorten'.



für die Personen-Züge auf der kaiserlich königlich privilegierten galiz. Carl-Ludwig-Bahn vom 15. November 1858 angefangen bis auf Weiteres.

Large table of train schedules for the Krakau-Rzeszow line, including arrival and departure times for various stations like Krakau, Bierzanow, Podleze, etc.

Notice regarding the train schedule, mentioning connections between different lines and specific dates.

Amtsblatt.

Nr. 13568. Cicitations-Ankündigung. (112. 2—3)

Vom Krakauer k. k. Landesgerichte, wird hiemit bekannt gemacht, werde es in Folge Gesuches des Hrn. Felix Skolyszewski de präs. 22. October 1858 3. 13568 im Grunde der rechtskräftigen Zahlungsaufgabe des Krakauer städtisch-delegierten Bezirksgerichtes vom 29. Jänner 1857 3. 7484 nach durchgeführten zweien Executionsgraden zur Hereinbringung der dem Hrn. Felix Skolyszewski gegen die Eheleute Johann und Johanna Nowińska mit dem obigen Zahlungsauftrage zuerkannenden Forderung von 150 fl. C.M. sammt 5% vom 1. Juli 1854 laufenden Interessen und den Gerichtskosten im Betrage von 10 fl. 9 kr. C.M. sowie der seither zuerkannten Executionskosten, die zwangsweise Veräußerung der den obgenannten Schuldner gehörigen in Krakau sub Nr. 54 Gde. VII. gelegenen Realität bewilligt. Selbe wird hiergerichts an zwei Terminen, nämlich: am 24. März und am 28. April 1859 stets Vormittags um 10 Uhr unter folgenden Bedingungen vorgenommen werden:

- 1. Die besagte Realität wird so wie selbe im Schätzungprotocoll vom 1. Juni 1858 beschrieben und geschätzt erscheint im Pausch und Bogen veräußert werden.
2. Zum Ausrufspreise wird der im obigen Schätzungsprotocoll erhaltene Werth dieser Realität mit 2003 fl. 31 kr. C.M. angenommen unter welchem Betrage selbe an den besagten zwei Terminen nicht hintangegeben wird.
3. Jeder Kaufsuffige hat vor Beginn der Licitation 10% des Schätzungswerthes das ist den Betrag von 200 fl. 30 kr. C.M. zu Handen der Licitationscommission und zwar entweder baar oder in Pfandbriefen der galiz. ständ. Creditanstalt oder in österr. Staatspapieren sammt Coupons und Talons nach dem Curse, welcher mit dem letzten Blatte der Krakauer Zeitung nachzuweisen sein wird zu erlegen; der Kurs wird aber in keinem Falle über den Nennwerth angenommen werden.
4. Der Meistbietende ist verpflichtet gleich nach Abschluß der Feilbietung seine Wohnung zum Licitationsprotocoll anzugeben und Falls er außerhalb der Stadt Krakau wohnt; einen Bevollmächtigten zur Uebernahme aller folgenden, auf diese Licitation sich beziehenden gerichtlichen Bescheide zu bestellen und solchen unverzüglich dem Gerichte anzuzeigen, widrigenfalls die Zustellung mittelst Anschlag im Gerichteslocale mit voller Rechtsgiltigkeit veranlaßt werden würde.
5. Binnen dreißig Tagen nach Erhalt des gerichtlichen Bescheides, mit welchem der Licitationsact zu Gericht angenommen wird, hat der Ersteher 1/3 Theil des Kaufschillings (in welchen aber auch das baarelegte Badium eingerechnet wird) hiergerichts baar zu erlegen.
6. Nach befristeter Erlage dieses Drittels wird dem Meistbietenden, ohne sein Ansuchen abzuwarten, jedoch auf seine Kosten, der physische Besitz und Genuß der erstandenen Realität übergeben und ihm das Eigenthumsdecret ausgefolgt werden.
7. Sofort wird er auf seine Kosten als Eigenthümer der erstandenen Realität, zugleich aber der restirende Kaufschilling sammt der Verpflichtung des Ersteheres hievon seit dem Tage des übernommenen physischen Besitzes 5% Interessen zu entrichten, sowie die weiteren in der 9. Licitationsbedingung normirte Licitationserbtheil, zu Gunsten der bisherigen Eigenthümer und der Hypothekargläubiger im Lastenstande der Realität intabulirt werden.
8. Binnen dreißig Tagen nach rechtskräftig festgestellter Zahlungsordnung ist ferner der Ersteher verpflichtet, nach den Bestimmungen derselben, die restirenden 2/3 des Kaufschillings zu bezahlen. Doch muß er die auf der Realität haftenden Schulden, insofern sie der zu bietende Preis erstreckt wird, übernehmen, wenn die Gläubiger ihr Geld vor der allenfalls vorgesehenen Aufkündigung nicht übernehmen wollten. Auch steht es ihm überhaupt frei, diejenigen von den angewiesenen Gläubigern, welche hierzu einwilligen, gegen Abschlag eines entsprechenden Theiles des Kaufschillings auf der Hypothek zu belassen, wenn er die bezügliche intabulationsfähige Erklärung der Gläubiger beibringt.
9. Mit dem Tage der Einführung in den physischen Besitz der verkauften Realität, übernimmt der Ersteher sämtliche Lasten, alle Steuern und Abgaben, wie immer solche heißen mögen; er übernimmt auch alle Gefahren, dagegen gehören von diesem Tage an, auch alle Nutzungen zu ihm. Ueberdies

ist er verpflichtet, von dem obigen Tage an, die restirenden 2/3 Theile des Kaufpreises mit 5% jährlich zu verzinsen und diese Zinsen, in decursiven vierteljährigen Raten, zu Gunsten der Hypothekargläubiger und der gegenwärtigen Eigentümer bei Gericht zu erlegen.

10. Sollte der Ersteller auch nur einer dieser Licitationsbedingungen nicht pünctlich Genüge leisten, so wird über Ansuchen des bisherigen Hauseigentümers, oder eines der Gläubiger die Relicitation der Realität, ohne neue Schätzung, auf Gefahr und Kosten des wortbrüchigen Ersteheres, an Einem Termine unter denselben oder unter anderen Bedingungen ausgeschrieben, die Realität nach Umständen auch unter dem Schätzungswerthe, ohne Einvernehmung des Ersteheres, verkauft und der Letztere für allen daraus entstandenen Schaden und für die Kosten, nicht nur mit dem erlegten Geldbetrage, sondern auch mit seinem übrigen Vermögen verantwortlich sein.

11. Den Schätzungssact, den Hypotheken-Auszug und die Licitationsbedingungen können die Kaufsuffigen in den Amtsstunden in der h. g. Registratur, oder am Licitationstage bei der Commission einsehen oder abschriftlich erheben.

Wovon der Hr. Executionsführer, die Executen, dann die Hypothekargläubiger: Ehiel Trenner, Thomas Czech, Helena Nowakowska, Josef Müller, Franz Deczkowski, Berl Immerglück und Katharina Stojanowska, deren Wohnort bekannt ist, zu eigenen Händen verständigt werden, dagegen wird den, dem Wohnorte nach angeblich unbekanntem Hypothekargläubigern: Marianna Klausowa, Josef Skoczynski und Feiweil Zahn, sowie allen jenen Interessenten, denen der heutige Bescheid aus was immer für einem Grunde gar nicht, oder nicht rechtzeitig zugestellt werden könnte, sowie allen Gläubigern die nach dem 15. September 1858 mit ihren Rechten in die Hypothek gelangen sollten, ein Curator in der Person des hiesigen Landes-Advocaten Dr. Biesiadecki mit Substituierung des Hrn. Landes-Advocaten Dr. Machalski bestellt, mit welchem diese Executionsverhandlung mit voller Rechtskraft gepflogen werden wird. Auch werden selbe mittelst Edictes verständigt.

Krakau, am 31. December 1858.

N. 13568. Obwieszczenie.

Ces. król. Sąd krajowy wiadomo czyni, iż w skutek prośby P. Feliksa Skolyszewskiego de präs. 22. Września 1858 L. 13568 na podstawie prawomocnej uchwały c. k. Sądu delegowanego miejskiego w Krakowie z dnia 29. Stycznia 1857 do L. 7484 po przeprowadzonych dwóch pierwszych stopniach egzekucyj. przymusowa licytacja realności pod Nr. kons. 54 Gm. VII. w Krakowie małżonkom p. Janowi i p. Joannie Nowińskim należącej, dla zaspokojenia przysądzonej p. Feliksowi Skolyszewskiemu należności w kwocie 150 złr. m. k. jakoteż procentów pięć od sta od dnia 1. Lipca 1854 bieżących oraz kosztów sądowych w ilości 10 złr. 9 kr. m. k. i kosztów egzekucyjnych dotychczas przyznanych, dozwolona została. Taż licytacja odbędzie się w gmachu sądu tutejszego w dwóch terminach, a mianowicie na dniu 24. Marca i 28. Kwietnia 1859 o godzinie 10 przedpołudniem, pod następującymi warunkami:

- 1. Wzmiankowana realność sprzedaje się ryczałtem w takim stanie w jakim w protokole szacunkowym z dnia 1. Czerwca 1858 jest opisana i oszacowana.
2. Za cenę wywołania ustanawia się wartość szacunkowa domu tego przez sądowe oszacowanie z dnia wyz wspomnianego oznaczona w kwocie 2003 złr. 31 kr. m. k. niżej której iż realność na owych dwóch terminach sprzedana nie zostanie.
3. Każdy chęć kupienia mający obowiązany jest złożyć przed rozpoczęciem licytacji wadium 10% ceny wywołania w sumie 200 złr. 30 kr. m. k. do rąk komisji licytacyjnej albo w gotówce albo w listach zastawnych galic. zakładu kredytowego, lub też w rządowych obligacjach z kuponami i talonem podług ostatniego Krakowską gazetą (Krakauer Zeitung) wykażać się mającego kursu, który jednakże w żadnym razie powyżej wartości nominalnej przyjętym niebędzie.
4. Kupiciel obowiązany jest, zaraz po skńczonę licytacji mieszkanie swe do prookulu licytacyjnego podać, w razie zaś gdyby po za obrębem miasta Krakowa przemieszkiwał, bezwzględnie sądowi osobę pełnomocnika oznaczyć, któremu wszystkie teże licytacji yczące się uchwały wręczane być mają, gdyż inaczęj doręczenia wywieszeniem w sądzie z wszelką prawomocnością uskutecznione zostaną.

5. Kupiciel ma przeciagu 30 dni po otrzymaniu uchwały, mocą której akt licytacji do sądu przyjętym został, trzecią część ceny kupna (w którą w gotówce złożone wadium wliczonym będzie) w Sądzie tutejszym w gotówce złożyć.
6. Po złożeniu trzeciej części ceny kupna oddana zostanie kupicielowi nie czekając jego żądania kupiona realność jego kosztem w fizyczne posiadanie i używanie, i zarazem wyda mu się dekret dziedzictwa.

7. Tudzież zostanie kosztem nabywcy tenże jako właściciel nabytej realności zaintabulowanym zarazem zaś zaintabuluje się w stanie biernym wraz z obowiązaniem kupiciela opłacania od tejez od dnia przyjętego fizycznego posiadania procentu 5% niemniej dalsze w 9. warunku wymienione obowiązki jakoteż prawo relicytacji warunkiem 10tym objęte, a to na rzecz terażniejszego właściciela tejez realności i wierzycieli hipotecznych.

8. Kupiciel jest obowiązany resztujące dwie trzecie części ceny kupna w przeciagu 30 dni po prawomocnie ułożonej tabeli płatniczej i podług tejez wypłacić.
9. Od dnia objęcia sprzedanej realności w fizyczne posiadanie winien nabywca ponieść wszystkie ciężary, podatki i wszelkie inne daniny jakakolwiek nazwę mające; od tego czasu przechodzą na nabywcę wszystkie niebezpieczeństwa, jakoteż i wszystkie korzyści.
10. Gdyby nabywca choby tylko jednemu z tych warunków licytacyjnych zadosyć nieuczynił, wtedy na żądanie dotychczasowego właściciela lub którego z wierzycieli, relicytacja powyższej realności bez nowego oszacowania na niebezpieczeństwo i koszta niedotrzymanego warunków nabywcy w jednym tylko terminie pod temi samymi warunkami albo pod innymi warunkami rozpisana, realność zaś sama według okoliczności także poniżej ceny szacunkowej bez wysłuchania nabywcy sprzedana, a ostatni za wszelką ztąd wynikłą szkodę i za koszta relicytacji nietylko złożoną kwotą pieniężną, ale nado i całym swym majątkiem odpowiadać będzie.

11. Akt oszacowania, wyciąg hipoteczny i warunki tej licytacji mogą chęć licytowania mający w godzinach urzędowych w registraturze sądowej a w samym dniu licytacji przy komisji licytacyjnej przejrzeć, albo też odpisy tychże podnieść.

O rozpianiu niniejszej licytacji uwiadamia się egzekwenta, egzekuta, wszystkich wierzycieli hipotecznych, jakoto: Hill Trenner, Tomasza Czecha, Helenę Nowakowską, Jozefa Müllera, Franciszka Orczykowskiego, Berl Immerglück i Katarzynę Stojanowską, których pomieszkanie jest wiadome, do własnych rąk, zaś tych wierzycieli hipotecznych, których miejsce pomieszkania jest niewiadomem, jakoto: Maryanna Klauzowa, Jozef Skoczynski, Feiweil Zahn, oraz te strony interesowane, którym niniejsza rezolucja z jakiegobądź powodu naczas doręczona być niemogła i tych wierzycieli, którzyby po 15. Września 1858 ze swojemi prosbami do hypoteki weszli, tak przez kuratora adwokata P. Dra. Biesiadeckiego, któremu się P. adwokata Dra. Machalskiego podstawią, a z którym niniejsza sprawa egzekucyjna prawomocnie przeprowadzona będzie, jakoteż niniejszym edyktem.

Kraków, dnia 31. Grudnia 1858.

Nr. 16515. Edict. (118. 2—3)

Vom Larnower k. k. Kreisgerichte wird in Executionswege des rechtskräftigen Urtheils des bestandenen k. k. Larnower Landrechts vom 27. December 1852 3. 13911 zur Befriedigung der vom Hr. Johann Giela wider die Eheleute Hrn. Heinrich und Fr. Leonore Fihauser erstegten, aus der größeren pr. 5300 fl. C.M. sich herleitenden Summe von 4350 fl. C.M. sammt 5% vom 1. Jänner 1851 laufenden Zinsen, nach Abschlag jedoch desjenigen Theils dieser Forderung, welcher durch die unterm 26. Novbr. 1856 3. 5649 erfolgte, bereits rechtskräftig gewordene Zuweisung des Betrags von 1923

fl. 10 kr. C.M. mit der Verzinsung vom 1. Mai 1855 aus dem G. E. Kapitale der Güter Odporyszow sammt Zugehör zur Bezahlung gelangte, dann der Executionskosten pr. 21 fl. 12 kr. C.M. und 36 fl. 45 kr. C.M. die neue executive Feilbietung der mit der Hypothek dieser Schuldforderung belasteten, den Schuldner Eheleute Heinrich und Leonore Fihauser landtäglich gehörigen, im Larnower Kreise gelegenen Güter Odporyszow sammt Zugehör Nieciecza und Podlesie dom. 31 pag. 71 im vierten Termine auf den 15. März 1859, 10 Uhr Früh, unter nachstehenden Bedingungen ausgeschrieben:

- 1. Zum Ausrufspreise wird der Schätzungswerth dieser Güter pr. 60521 fl. 4 kr. C.M. angenommen, jedoch werden die feilgebotenen Güter an diesem Termine, wenn sie über, oder um den Schätzungswerth pr. 60521 fl. 4 kr. C.M. Niemand kaufen wollte, auch unter demselben hintangegeben werden.
2. Die Feilbietung geschieht in Pausch und Bogen jedoch mit Ausschluß der Entschädigung für die aufgehobenen unterthänigen Leistungen.
3. Jeder Kaufsuffige hat, bevor er einen Anboth macht den zwanzigsten Theil des Schätzungswerthes im runden Betrage pr. 3030 fl. C.M. zu Händen der Feilbietungs-Commission als Badium zu erlegen, und dieß entweder baar oder mittelst k. k. österr. kais. Staats- oder Grundentlastungs-Obligations, oder in galiz. ständischen Pfandbriefen sammt zugehörigen Coupons und Talons, in diesen Wertheffekten jedoch nur nach dem letzten mittelst der Krakauer Zeitung zu erweisenden Curse derselben, und niemals über deren Nennwerth.
4. Der Meistbietende ist gehalten, binnen 30 Tagen von der Zustellung des Bescheides, womit der Feilbietungsact zu Gericht angenommen wird, den dritten Theil des angebotenen Kaufschillings mit Einrechnung des baar erlegten, und gegen Rückbehebung des allenfalls in Werthpapieren gegebenen Badiums an das hiergerichtliche Depositenamt baar zu erlegen.
5. Nach Erfüllung dieser Verpflichtung (Art. 4) wird ihm auch wenn er darum nicht erucht, des Eigenthumsdecret auf diese Güter mit der im Art. 2 festgesetzten Einschränkung ertheilt, derselbe wird als Eigenthümer in der k. k. Landtafel intabulirt, ferner wird er, jedoch auf seine Kosten in den physischen Besitz der Güter eingeführt, zugleich aber werden die sämtlichen darauf haftenden Lasten mit Ausnahme der dom. 64 pag. 429 n. 20 on. und pag. 430 n. 24 et 25 on., dom. 255 pag. 87 n. 31 pag. 89 n. 33 on. ersichtlichen, die er als Grundlasten ohne Abzug vom Kaufpreise selbst zu übernehmen gehalten ist, so wie jener Lasten, die er nach dem Art. 7 zu übernehmen verpflichtet ist, gelöscht, und auf den Kaufpreis übertragen.
6. Der Meistbietende ist gehalten vom Uebergabstage des physischen Besitzes der Güter von den restlichen zwei Dritteln des Kaufschillings 5% Zinsen halbjährig abwärts an das hiergerichtliche Depositenamt zu entrichten.
7. Der Meistbietende ist verbunden die restlichen zwei Drittel des Kaufschillings 30 Tage nach Rechtskraft der künftig zu erlassenden Befriedigungsordnung nach Maßgabe derselben an die angewiesenen Gläubiger zu erlegen oder mit den angewiesenen Gläubigern allenfalls anders übereinzukommen, und darüber sich binnen 30 Tagen auszuweisen, zugleich ist er verbunden so weit der Meistbot reicht, auf Rechnung derselben die Forderungen derjenigen Gläubiger, welche dieselben vor Ablauf der allenfalls bedungenen oder gesetzlichen Aufkündigung nicht würden annehmen wollen, zu übernehmen.
8. Der Ersteher trägt vom Uebergabstage alle Steuern, Abgaben und sonstige mit dem Besitze verbundenen Lasten. Die von dem Verkaufsgeschäfte gemäß dem Gesetze vom 9. Februar 1850 zu bemessende Gebühr hat er aus Eigenem zu bezahlen.
9. Würde der Ersteher auch nur einer der vorstehenden Bedingungen namentlich jene zum Art. 5, 6 und 8 nicht genau nachkommen, alsdann würde derselbe auf Einschreiten auch nur eines der Interessenten für kontraktbrüchig erklärt, die Güter werden auf dessen Gefahr und Kosten ohne einer anderen Schätzung relicitirt, und unter den Vorrichen des §. 433 G. D. allenfalls nur in einem einzigen Termine um jeden wie immer gearteten Preis hintangegeben, und er würde für alle Schäden und Kosten nicht bloß mit dem Badium, sondern auch mit seinem ganzen Vermögen verantwortlich sein.
10. Den Kaufsuffigen wird freigestellt den Landtafelauszug, die Schätzung und das Wirtschaftsinventar des Gutes hiergerichts einzusehen, oder in Abschrift zu erheben.
Von dieser ausgeschriebenen Feilbietung werden außer

dem Exequenten und den Executen die Hypothekargläubiger und insbesondere die dem Leben und Wohnorte nach unbekanntem Hypothekargläubiger Konstantin Krynicki, Wilhelm Koch und Julian Chrzastowski, die dem Wohnorte nach unbekanntem Hypothekargläubiger Antonina Czamarska, so wie alle jene, welche seit dem 6. August 1857, als dem Tage der Ausstellung des Landtafelauszuges das Hypothekarrecht erwerben sollten, oder denen der diese executive Feilbietung auschreibende Bescheid nicht zeitlich genug zugestellt werden sollte, zu Handen des in der Person des Hrn. Advokaten Dr. Jarocki mit Substituierung des Hrn. Advokaten Dr. Serda bestellten Curators in die Kenntniß gesetzt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichts.
Tarnów am 15. December 1858.

N. 16515. Obwieszczenie.

Ces. k. Sąd obwodowy Tarnowski rozpisuje w drodze egzekucji prawomocnego wyroku byłego Tarnowskiego Sądu szlacheckiego z dn. 27. Grudnia 1852 r. do L. 13911 na zaspokojenie sumy 4350 złr. m. k. przez p. Jana Giełę przeciw małżonkom, Henrykowi i Eleonorze Fihauer w walczonęj, z większej kwoty 5300 złr. m. k. pochodzącej wraz z 5% odsetkami od dnia 1. Stycznia 1851 liczyć się mającemi; po odrzuceniu wszakże tej części należności, która przez prawomocne przyznanie z dnia 26. Listopada 1856 do L. 5649 kwoty 1923 złr. 10 kr. z 5% odsetkami od dnia 1. Maja 1855 z kapitału indemnizacyjnego dóbr Odporyszów wraz z przyległościami już wypłaconą została, oraz z kosztami egzekucyjnymi w ilości 21 złr. 12 kr. m. k. i 36 złr. 45 kr. m. k. niniejszym nową egzekucyjną sprzedaż tem długiem hypotekarnie obciążonych, a dłużnikiem WW. małżonkom Henrykowi i Eleonorze Fihauerom jako własność należących dóbr Odporyszów wraz z przyległościami: Nieciecza i Podlesie dom. 31 pag. 71 w czwartym terminie, mianowicie na dzień 15. Marca 1859 o godzinie 10tej zrana pod następującymi warunkami:

1. Za cenę wywołania stanowi się wartość szacunkową tych dóbr w ilości 60,521 złr. 4 kr. mon. k. dobra jednakże te w tym terminie, gdyby nie nikt powyżej lub przynajmniej za cenę szacunkową 50,521 złr. 4 kr. m. k. kupić niechciał, także niżej ceny szacunkowej sprzedane zostaną.
2. Dobra te sprzedają się ryczałtem z wyłączeniem prawa do wynagrodzenia za zniesione powinności urbaryalne.
3. Każdy chęć kupienia mający obowiązany jest przed rozpoczęciem licytacji 20tą część wartości szacunkowej w okrągłej ilości 3030 złr. m. k. jako zakład, w gotówce, albo w c. k. austriackich rządowych albo w indemnizacyjnych obligacjach, albo nareszcie w listach zastawnych gal. stanowego kredytowego towarzystwa z niezapadłymi kuponami i talonem, jednakowoż podług ostatniego w gazecie krakowskiej niemieckiej (Krakauer Zeitung) umieszczonego kursu nieprzewyższającego tychże wartość nominalną do rąk komisji licytacyjnej złożyć, który zakład kupiciela do depozytu złożonym, innym zaś licytujacym zaraz po ukończonej licytacji zwróconym zostanie.
4. Najwięcej ofiarujący obowiązany jest w przeciągu dni 30. po doręczeniu uchwały, mocą której akt licytacyjny do sądu przyjęty został, trzecią część ceny kupna do tutejszego sądowego depozytu złożyć, w którą w gotówce włożony zakład wliczonym, zaś w efektach obligacyjnych złożony zakład, kupicielowi po złożeniu w gotówce trzeciej części ceny kupna wroconym będzie.
5. Zaraz po wypełnieniu tego warunku (art. 4) najwięcej ofiarującemu, nawet gdyby tego nieżądał, dekret własności kupionych dóbr z wyjątkiem wynagrodzenia za zniesione powinności urbaryalne (w art. 2) obwarowanym, wydanym zostanie, on jako właściciel zainstabulowanym i dobra w fizyczne jego posiadanie jednakowoż na jego koszt oddane będą oraz na nich nie zaś na wynagrodzenie za zniesione powinności urbaryalne, które na kupiciela nie przechodzi nietykalne zostaje, wszystkie ciężary hypoteczne z wyjątkiem ciężaru dom. 64 pag. 429 n. 20 on. i pag. 430 n. 24 i 28 on., dom. 255 pag. 87 n. 31 on. pag. 89 n. 33 on. widocznych, jako ciężarów gruntowych, które kupiciel bez strącenia od ceny kupna na siebie przyjąć obowiązany jest, zmażane i na cenę kupną przeniesione będą.
6. Kupiciel obowiązany jest od dnia osiągnięcia fizycznego posiadania kupionych dóbr od resztujących dwóch trzecich części ceny kupna odsetki 5% rocznie w półrocznych ratach z dołu do tutejszego depozytu składać, równocześnie z intabulacją własności w stanie biernym kupionych dóbr resztujące dwie trzecie części ceny kupna z obowiązkiem płacenia odsetek od tychże jako też obowiązki kupiciela w warunkach 7, 8 i 9 wyluszczone

jak dalece takowe jeszcze wówczas dopełnione by niebyły na rzecz wspólnej masy wierzycieli i właściciela dóbr zainstabulowane będą.

7. Kupiciel obowiązany będzie dwie trzecie części ceny kupna w przeciągu 30 dni po doręczeniu tabeli płatniczej, jak ta prawomocność osiągnie, podług teje wypłacić, albo się z wierzycielami wykazanymi inaczej ulżyć i przed sądem w 30. dniach wykazać się, oraz obowiązany jest pretensye tych wierzycieli, którzyby przed umówionym terminem wypowiedzenia zapłaty przyjąć niechcieli, w miarę ceny kupna na rachunek teje na siebie przyjąć.
8. Od dnia osiągnięcia fizycznego posiadania kupiciel obowiązany będzie z tych dóbr podatki monarchiczne, publiczne daniny i wszelkie z posiadaniem połączone ciężary z własnego dobytku dokładnie opłacać, toż samo przypadającą podług prawa z dnia 9. Lutego 1850 należność przeniesienia i intabulacyjną z własnego ponosić.
9. Jeżeli kupiciel powyższym warunkom a mianowicie 5, 6 i 8 zadość nieuczyni, natenczas na żądanie któregokolwiek wierzyciela lub dłużnika relicytacja kupionych dóbr bezowego oszacowania na jego koszt i niebezpieczeństwo rozpisana i te dobra podług §. 433 U. Sąd. także niżej ceny szacunkowej w jednym terminie podług przepisu prawa sprzedane będą i wiarołomny kupiciel za wszelkie wyniknące mogące szkody nietylko złożonym zakładem lecz całym swoim majątkiem odpowiedzialnym będzie.
10. Chęć kupienia mającym wolno jest wyciąg tabularny, akt oszacowania i inwentarz ekonomiczny tych dóbr, w tutejszej registraturze przejrzeć lub odpisać.

O rozpisaniu niniejszej licytacji zawiadomieni zostają oprócz egzekwującego i egzekwowanych także wierzyciele hypoteczni a szczególnie co do życia i miejsca pobytu nieznanymi wierzycielami: Konstanty Krynicki, Wilhelm Koch i Julian Chrzastowski, co do miejsca pobytu nieznanymi wierzycielkami hypoteczna Antonina Czamarska, niemniej wszyscy ci którzyby od dnia 6. Sierpnia 1857 jako daty wyciągu tabularnego prawa hypoteczne osiągnąć mieli, albo któryby tę egzekucyjną licytację rozpisującą uchwałą przed czasem doręczona nie została, do rąk ustanowionego kuratora p. advokata Dra. Jarockiego, któremu pan advokat Dr. Serda jako substytut przydanym jest.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.
Tarnów, dnia 15. Grudnia 1858.

N. 16664. Edict. (113. 2—3)

Vom k. k. Krakauer Landes-Gerichte wird der dem Leben und Wohnorte nach unbekanntem Frau Marianna Szczepanowska mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider sie Hr. Jakob Glass Geschäftsmann in Trzebinia durch Hrn. Advokaten Dr. Samelsohn wegen Zahlung von 690 fl. pol. sammt rückständigen Verzugszinsen seit 3 Jahren und Rebengebühren unter dem 22. November 1858 Z. 16664 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber derselben aufgetragen wurde dem Kläger die Summe von 690 fl. pol. sammt 4% dreijährigen Verzugszinsen vom Tage der überreichten Klage das ist vom 22. November 1858 zurückgerechnet und Gerichtskosten pr. 6 fl. 36 kr. EM. binnen 14 Tagen bei sonstiger Execution zu bezahlen oder binnen derselben Zeit ihre Einwendungen zu überreichen.

Da der Aufenthaltsort der Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landes-Gericht zu ihrer Vertretung und auf ihre Gefahr und Kosten den hiesigen Gerichts-Advokaten Hrn. Dr. Blitzfeld mit Substituierung des Hrn. Advok. Dr. Geissler als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach die Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem Landes-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienliche vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau, am 19. Jänner 1859.

N. 17999. Edict. (114. 2—3)

Vom k. k. Krakauer Landes-Gerichte wird dem dem Leben und Aufenthalte nach unbekanntem Michael Hebda und für den Fall seines Todes dessen unbekanntem Erben mittelst des gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider dieselben Frau Franciszka de Kruszyńskie 1. Ehe Tabaszewska, 2. Ehe Wojciechowska unterm praes. 17. December 1858 Z. 17999 hiergerichts eine Klage wegen des Erkenntnisses, daß die auf den Gütern Podolany dom. 127 pag. 195 n. 25 on. zu Gunsten des Michael Hebda intabulirte Verbindlichkeit der Zurückstellung, des durch Theodor Granowski über die

Summe pr. 579 fl. ausgestellten Schuldscheines durch Verjährung erloschen, und aus den, der Klägerin, laut dom. 127 pag. 196 n. 17 hár. und dom. 359 pag. 132 n. 18 hár. gehörigen Antheilen der Güter Podolany zu etabliren und zu löschen sei, angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber die Tagfahrt zur mündlichen Verhandlung auf den 15. März 1859 um 10 Uhr Vormittags anberaumt wurde.

Da der Aufenthaltsort der Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Landes-Gericht zu ihrer Vertretung und auf ihre Gefahr und Kosten den hiesigen Landes- und Gerichts-Advokaten Hrn. Dr. Biesiadecki mit Substituierung des Herrn Advokaten Dr. Blitzfeld als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte und seine etwaigen Erben erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Landes-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen, selbst beizumessen haben werden.

Krakau, am 19. Jänner 1859.

N. 7743. Edict. (116. 2—3)

Vom Neu-Sandez k. k. Kreisgerichte wird der belangten liegenden Nachlassmasse der Blondine Pegowska und den, dem Leben und Wohnorte nach unbekanntem vermeintlichen Erben, als: Franz Xaver Pegowski, Bruno Joseph Pegowski, Karl Martin Pegowski, Stanislaus Pegowski, Jakob Pegowski, Johann Pegowski, Magdalena Pegowska, Marianna und Salomea Pegowska, und im Falle des Todes dieser Personen ihren dem Leben, Namen und Wohnorte nach unbekanntem Erben und allenfälligen Rechtsnehmern mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider dieselben Hr. Michael und Frau Anna Podoskie wegen Erkenntniß, daß jedes Recht der Belangten zu dem im Activstande der Güter Niewodna dom. 63 p. 252 n. hár. 19 und 20, und dom. 63 pag. 248 hár. 23 intabulirten Eigenthumsrechte zu 1/3 der genannten Güter erloschen sei und die Kläger als Eigenthümer derselben intabulirten werden können, eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber die Tagfahrt zur mündlichen Verhandlung dieser Streitfache auf den 30. März 1859 um 10 Uhr Vormittags festgesetzt wurde.

Da der Aufenthaltsort der Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Zalkowski mit Substituierung des Herrn Advokaten Dr. Pawlikowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes
Neu-Sandez, am 10. Jänner 1859.

N. 15409. Edict. (109. 2—3)

Vom k. k. Krakauer Landes-Gerichte wird dem dem Wohnorte nach unbekanntem Hrn. Theophil Hoff mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider ihn im eigenen Namen und als Bevollmächtigten, der Frau Johanna Schwerdtmann geborene Hoff und des Fräuleins Lydia Hoff, — der Hr. Dr. August Otremba, Vormund der minderjährigen Kinder nach Ludwig Hoff und die Eheleute Hr. Edmund und Fr. Juliana Schanzer in Gesuch um Intabulirung oder Pränotirung der Erben nach Ludwig Hoff und der oben genannten Eheleute Schanzer als Eigenthümer oder Erbpächter der Realität Dabie, sowie des Kauffchillinges der minderjährigen Erben im Lastenstande der Realität unter dem 21. August 1857 Z. 10984 angebracht, worüber der Bescheid vom 15. Dezember 1857 Z. 10984 erlosch.

Daber Aufenthaltsort des zu verabsäumenden Interessenten unbekannt ist, so hat das k. k. Landes-Gericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Biesiadecki mit Substituierung des Herrn Advokaten Dr. Blitzfeld, welchem der obige Bescheid zugestellt wird, als Curator bestellt.

Durch dieses Edict wird demnach Theophil Hoff erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Landes-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Krakau am 31. December 1858.

Conkurs. (104. 2—3)

Nr. 250. Zur Befegung der bei dem k. k. Bezirksamte erledigten Amtsdienststelle mit dem Gehalte jährlicher 210 fl. öst. Währ. wird hiemit der Concurs auf vier Wochen von der dritten Einschaltung in das Amtsblatt der Krakauer Zeitung an gerechnet, ausgeschrieben. Um diesen Civildienstposten, welcher im Grunde kais. Verordnung von 9. December 1853 (Nr. 266 Stück LXXXIX. des R. G. B.) ausschließlich für Militärpersonen vorbehalten ist können sich blos bereits bei k. k. Behörden und Aemtern wirklich angestellte Diener und Gehilfen bewerben.

Die etwaigen Competenten haben ihre mit dem letzten Anstellungsdecrete und einem von dem Amtsvorsteher beizugehörigen der Befähigung Veränderung und Moralität ausgefüllten Qualificationstabelle belegten Competenzgesuch innerhalb der Concursfrist mittels ihrer vorgelegten Behörde an das k. k. Bezirksamt einzureichen.

Vom k. k. Bezirksamte.
Pilsno, den 2. Februar 1859.

N. 2308. Kundmachung. (107. 2—3)

Am k. k. zweiten Gymnasium in Lemberg ist eine Lehrerstelle für die Unterrichtsfächer der klassischen Philologie und der deutschen Sprache zu besetzen.

Mit derselben ist ein Gehalt jährlicher 945 fl. öst. Währ. mit dem Vorrückungsrechte auf die Gehaltsstufe von 1050 fl. öst. Währ. und unter Voraussetzung gesetzlicher Bedingungen mit dem Anspruche auf Decennalzulagen nach 10, 20 und 30 jähriger Dienstzeit verknüpft. Als Bedingung zur Erlangung dieser Stelle wird vor allem die in der Vorschrift über die Prüfung der Gymnasiallehreramtscandidaten §. 5—1 lit. e. näher bezeichnete Befähigung festgesetzt.

Bewerber um diesen Posten haben ihre mit den Nachweisungen über zurückgelegte Studien die erlangte Lehr- und Unterrichts-Befähigung so wie die dem Staate allenfalls geleisteten Dienste, ferner über tadelloses, sittliches und staatsbürgerliches Verhalten instruirten, an das h. Unterrichtsministerium gerichteten Gesuche bei dieser k. k. Statthalterei unmittelbar, oder wenn sie in einer öffentlichen Bedienstung stehen im Wege ihrer vorgelegten Behörde längstens bis 15. März 1859 zu überreichen.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.
Lemberg, am 19. Jänner 1859.

N. 17486. Edict. (117. 2—3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird den: Constantia de Worzelle Gräfin Dubzka, Marcelline Fürstin Radziwill, Antonina Gräfin Los, Menegilde Przetocka, Johann Milewski, Felicia Milewska, Heinrich Milewski, Zheka Urbańska geborene Gräfin Los, Mathias Held, Marcella Held, ferner den Erben des Joseph Jablonowski und der Marcianna Niewiarowska Held mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider dieselben Hr. Franz Dolinski wegen Etablirung des dom. 134 pag. 163 n. 44 on. zu Gunsten des Joseph Urbański intabulirten Fruchtgenusses des Gutsantheils Nockowa sammt der daneben dom. 134 pag. 164 n. 45 on. intabulirten ursprünglich der Nachlassmasse nach Leon Leonhard Graf Worcell gehörigen Summe pr. 31,079 fl. 53 kr. WB. sammt Verzugsposten und Aferlasten, aus dem Lastenstande des 1/3 Theiles der Güter Nockowa unterm 6. December 1858 Z. 17486 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber mit h. g. Beschlusse vom 16. December 1858 Z. 17486 zur mündlichen Verhandlung dieser Angelegenheit auf den 10. März 1859 um 10 Uhr Vormittags eine Tagfahrt anberaumt wurde.

Da der Aufenthaltsort der Belangten Constantia de Worzelle Gräfin Dubzka, Marcelline Fürstin Radziwill, Antonina Gräfin Los, Menegilde Przetocka, Johann Milewski, Felicia Milewska, Heinrich Milewski, Zheka Urbańska geborene Gräfin Los, Mathias Held, Marcella Held, ferner der Erben des Joseph Jablonowski und der Marcianna de Niewiarowska Held unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Landes-Advocaten Dr. Rosenberg mit Substituierung des Landes-Advocaten Hrn. Dr. Jarocki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.
Tarnów, am 16. Dezember 1858.

Nr. 6658. Edict. (143. 2—3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht Biala, wird bekannt gemacht, daß Alois Pfister in Biala wegen Irrsinn unter Curatell gestellt und zu dessen Curator sein Bruder Adolph Pfister in Biala gerichtlich bestellt wurde.

Biala, am 31. Jänner 1859.

Buchdruckerei: Geschäftsleiter: Anton Rother.